

VERGABEUNTERLAGEN

2026002718

Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_ Gerüstarbeiten

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg Hochbauamt

Marientorgraben 11, 90402 Nürnberg, Deutschland

28.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	5
Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)_eRechnung	5
Stadt Nürnberg VOB_eRechnung	11
Bewerbungsbedingungen VOB	11
Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)_eRechnung	14
Besondere Vertragsbedingungen (BVB) VOB	20
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung	20
Ergänzende Erklärungen zur Angebotsabgabe	22
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren	24
Datenschutzhinweis Bieterkartei	26
Merkblatt Baumschutz auf Baustellen	28
Besondere Vertragsbedingungen (BVB) VOB	29
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung_eRechnung	29
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren	31
Datenschutzhinweis Bieterkartei	33
Merkblatt Baumschutz auf Baustellen	35
17 Grundriss EG 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	36
00 Baustelleneinrichtung	37
05 Schnitte A-A _ B-B	38
18 Grundriss 1.OG 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	39
19 Grundriss 2.OG 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	40
20 Grundriss DG 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	41
21 Dachaufsicht 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	42
22 Südansicht 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	43
23 Westansicht 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	44
24 Nordansicht 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	45
25 Ostansicht 1_50 _ inkl. Elektromassnahmen	46
vhbn_0431	47
vhbn_0434	51
Produkte/Leistungen	52
Eignungskriterien	87
Leistungskriterien	89
Anlagen	93

Allgemeine Informationen zum Verfahren

Es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Projektinformationen									
Projektnummer:	2026002718								
Projektname:	Max-Planck-Str. 1: 2023 Fassadensanierung Gerüstarbeiten								
Gewerk:	Gerüstbau								
Projektbeschreibung:	Das Verwaltungsgebäude soll energetisch ertüchtigt werden. Hierfür werden die Dächer und die Fassade gedämmt und die Fenster ausgetauscht. Das Gebäude ist vollständig einzurüsten und partiell mit Gerüstschutznetzen zu versehen. Teilweise werden Traversen, auch über Eck, benötigt. Aufenthalts- und WC-Container für die Nutzung durch andere Firmen sollen ebenfalls für die Dauer des Bauzeitraums zur Verfügung gestellt werden.								
CPV-Code	<table> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> <tr> <td>44211100-3</td><td>Mobile, modulare Containergebäude</td></tr> <tr> <td>45262100-2</td><td>Gerüstarbeiten</td></tr> <tr> <td>45262120-8</td><td>Errichtung von Gerüsten</td></tr> </table>	Code	Bezeichnung	44211100-3	Mobile, modulare Containergebäude	45262100-2	Gerüstarbeiten	45262120-8	Errichtung von Gerüsten
Code	Bezeichnung								
44211100-3	Mobile, modulare Containergebäude								
45262100-2	Gerüstarbeiten								
45262120-8	Errichtung von Gerüsten								
Vergabeart:	Öffentliche Ausschreibung gemäß VOB								
Termine									
Bekanntmachung am:	29.05.2026								
Einreichungsfrist Teilnahmeantrag:	bis einschließlich um Uhr								
Angebotsfrist:	bis einschließlich 22.06.2026 um 09:00:00 Uhr								
Eröffnungstermin:	am 22.06.2026 ab 09:00:00 Uhr								
Bindefrist:	bis einschließlich 21.07.2026								
geplante Ausführungsdauer:	vom 20.07.2026 bis einschließlich 04.12.2026								
Anmerkungen zur Ausführungsdauer:	Mit der Gerüststellung soll am 20.07.2026 begonnen werden.								

1. Auskünfte

Auskünfte erteilt die Vergabestelle (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden). Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, wird ausgeschlossen.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>. Bieterfragen müssen bis spätestens **11.06.2026 18:00 Uhr** eingegangen sein, für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

2. Kriterien für die Auftragsvergabe

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Gewichtung: siehe in der Leistungsbeschreibung

Gelten besondere Zuschlagskriterien, werden diese bekannt gemacht und können dann als Wertungsmatrix in der Angebotsmaske des Bieterassistenten eingesehen werden.

3. Bedarfspositionen

Eventuelle Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

4. Mehrere Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

Hinweise für das Erstellen von Nebenangeboten:

Falls die Abgabe von Nebenangeboten zugelassen ist, sind diese über die Option „Nebenangebote erstellen“ zu erstellen und nicht als Anlage des Hauptangebots hochzuladen. Eine genaue Anleitung für die korrekte Erstellung von Nebenangeboten finden Sie hier.

6. Preisnachlässe

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der dafür vorgesehenen Stelle (in der Angebotsmaske des Bieterassistenten im Unterpunkt "Nachlass") aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Vomhundertsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

7. Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist vorgesehen: Nein
Art der Losauswahl:

8. Eigene Geschäftsbedingungen

Werden dem Angebot eigene Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des Bieters (z.B. Individualklauseln, AGB, Eigentumsvorbehalte, Zahlungsziele) beigelegt, wird das Angebot gem. § 13 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 VOB/A iVm. § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. gem. § 13 EU Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 VOB/A iVm § 16 EU Nr. 2 VOB/A ausgeschlossen, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter an seinen Bedingungen festhalten möchte und damit tatsächlich von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

9. Vergabeunterlagen/ Vertragsbedingungen

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOB/B und die VOB/C, in der am Tage der Angebotseröffnung jeweils gültigen Fassung, Vertragsbestandteil. Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOB/B.

Insbesondere sind die Bewerbungsbedingungen und die ergänzende Erklärung zur Angebotsabgabe zu beachten, die bereits mit Angebotsabgabe verbindlich gelten.

10. Bindefrist

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

11. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wesentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

12. Datenschutz

a) Verarbeitung personenbezogener Daten durch freiwillige Angabe:

Die von den Bietern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

b) Qualifizierter Datenschutzhinweis:

Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

c) Personenbezogene Daten Dritter:

Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

13. Form der Angebotsabgabe

Durch die elektronische Angebotsabgabe ist das Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erfüllt. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg (Papierform) ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder über die E-Mailadresse service-bieter@deutsche-evergabe.de. Die Angebotsunterlagen sind in der Eingabemaske im Bieterassistenten auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform abzugeben. Die Angebotsfrist finden Sie unter Allgemeines > Termine. Um Angebote außerhalb des Vergabemanagementsystems elektronisch bearbeiten zu können, verwenden Sie bitte Ihre Kalkulationssoftware oder eines der im Internet kostenlos zur Verfügung gestellten AVA-Programme (z. B. unter www.heitker.de).

14. Kalkulation

Von den für die Beauftragung in Frage kommenden Bietern sind ausgefüllte Kalkulationsblätter 221 oder 222, nach ihrer Kalkulationsmethode, sowie zusätzlich 223 vor der Auftragserteilung zu übermitteln. Im Formblatt 223 sind alle Positionen des Leistungsverzeichnisses aufzugliedern. Bis zu einer Angebotssumme von 50.000 € behält sich der Auftraggeber vor, nur ausgewählte Positionen im Formblatt 223 aufgliedern zu lassen. Die Nachforderung der Aufgliederung der Leistungen des/der Nachunternehmer(s) wird vorbehalten.

15a. Nachprüfungsstelle für nationale Verfahren nach VOB/A

Regierung von Mittelfranken

VOB-Stelle

Promenade 27, 91522 Ansbach

15b. Nachprüfungsbehörde für EU-weite Verfahren nach VOB/A

Vergabekammer Nordbayern

bei der Regierung von Mittelfranken

Promenade 27, 91522 Ansbach

16. Wichtige Bieterhinweise

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Änderungen der Ausschreibungsunterlagen zwingend zum Angebotsausschluss führen, auch wenn diese unabsichtlich oder unbewusst erfolgen.

Zu einer Änderung der Ausschreibungsunterlagen kann es beispielsweise durch Angebotserläuterungen, welche der Leistungsbeschreibung oder den Vertragsbedingungen

widersprechen, kommen, ebenso durch Textergänzungen oder Eintragungen in die Vergabeunterlagen.

Eigene Vertragsbedingungen des Bieters (insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen, unabhängig davon ob es sich um vorformulierte Geschäftsbedingungen oder Individualklauseln handelt) werden in keinem Fall Vertragsbestandteil. Darunter fallen beispielsweise auch Hinweise zum Zahlungsziel, zum Gerichtsstand oder die Erklärung von Eigentumsvorbehalten. Werden dennoch eigene Vertragsbedingungen mit dem Angebot eingereicht, wird die Auftraggeberin im Rahmen des rechtlich Zulässigen aufklären, ob es sich bei der Beifügung um ein Missverständnis oder ein Versehen handelt und inwieweit der Bieter an seinen Vertragsbedingungen festhalten will. Sieht der Bieter von seinen eigenen Vertragsbedingungen ab und erklärt, dass er an diesen nicht festhält und verbleibt nach deren Streichung ein dem maßgeblichen Inhalt der Vergabeunterlagen vollständig entsprechendes Angebot, erfolgt kein Ausschluss des Angebotes. Will der Bieter hingegen von seinen Vertragsbedingungen keinen Abstand nehmen, liegt eine gewollte Änderung der Vergabeunterlagen vor, die zum Angebotsausschluss führt.

Des weiteren können Angebote nicht gewertet werden, die nicht rechtzeitig vor dem Ende der Angebotsfrist im System eingestellt sind.

Geänderte Leistungen können nur im Rahmen von Nebenangeboten abgegeben werden, wenn diese ausdrücklich zugelassen sind. Um gewertet zu werden, müssen Nebenangebote als solche gekennzeichnet sein. Nebenangebote müssen gleichwertig zur ausgeschriebenen Leistung sein.

Die nachträgliche Änderung eines Angebots ist nicht möglich. Dies betrifft nicht nur die Angebotspreise, sondern z.B. auch Fabrikate, die Bauzeit oder den Umfang der Eigenleistung.

Zusätzliche Vertragsbedingungen

1. Preisermittlungen

- 1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 1.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für die von ihm beanspruchte geänderte bzw. zusätzliche Vergütung. Es ist von ihm daher zu belegen, welche Mehr- und Minderkosten entstanden sind bzw. dass die Zusatzvergütung der Höhe nach aus der Kalkulation des Hauptvertrages abgeleitet ist. Dies umfasst erforderlichenfalls auch die Vorlage von Angeboten oder Rechnungen, welche der Kalkulation des hauptvertraglichen Preises und/oder des Nachtragspreises zugrunde liegen.
- 1.3 Die Nummern 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

2. Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen und Bauteilen nach Zeit, Menge und Lieferanten,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- Gründe von Abweichungen oder für die Änderung von bisher vorgesehenen Leistungen oder Zusätze dazu
- Etwaige Aufmaßvorgänge
- Anwesenheiten oder Abwesenheiten von Aufsichtspersonal (einschließlich Architekten und Ingenieure) sowie deren Weisungen

3. Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

4. Kündigung aus wichtigem Grund

Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 648 a BGB berechtigt, den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund kann z.B. vorliegen, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gleich. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesen Fällen gelten § 8 Abs. 3, 5, 6 und 7 VOB/B entsprechend.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

- 5.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Bruttoauftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Abs. 4 VOB/B, bleiben unberührt.
- 5.2 Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen i.S.d. Ziffer 5.1 gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über:
- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
 - die zu fordernden Preise,
 - Bindungen sonstiger Entgelte,
 - Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 24 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

6. Abrechnung

- 6.1 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu sehen sein.
- 6.2 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 6.3 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma zu runden. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.

7. Preisnachlässe

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

8. Bauabrechnung mit DV-Anlagen

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit DV-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- 8.1 Rechenverfahren/DV-Programme:
Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere DV-Programme dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.
- 8.2 Vereinbarung:
Rechtzeitig vor Beginn der ersten Abrechnungsarbeiten (z.B. Aufmaße) sind, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), schriftlich zu vereinbaren:
- Art der Leistungserfassung (z.B. gemeinsame Aufmaße, gegebenenfalls Aufmaßtechnik, Entwurfsunterlagen),

- wenn eine Abrechnung nach Entwurfsunterlagen (Zeichnungen, Berechnungen) beabsichtigt ist; Festlegung, ob der Auftraggeber Unterlagen auf Datenträger zur Verfügung stellt,
- besondere geometrische Bedingungen (z.B. Profilabstände, Lage der Querprofile bei gekrümmter Achse, Behandlung von Böschungsausrundungen),
- Festlegung der Berechnungsabschnitte,
- Herkunft der Eingabedaten für die Messwertaufbereitung, für die Berechnung von Profilbegrenzungen und für die Mengenberechnung,
- Festlegung der zugrunde zulegenden REB-VB,
- wenn dem Auftraggeber die Eingabedaten auf Datenträger zu übergeben sind: DV-spezifische Einzelheiten zu den Datenträgern,
- gegebenenfalls Eingabe-Kapazitätsgrenzen, die je Rechenlauf bei der Leistungsberechnung einzuhalten sind.

8.3 Datenträger:
Sind dem Auftraggeber Eingabedaten auf Datenträgern zu liefern, so sind diese erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen.

8.4 Berichtigung der Leistungsberechnung:
Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

9. Rechnungen

- 9.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 9.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 9.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 9.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 9.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 9.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die LeitwegID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

10. Stundenlohnarbeiten

Der Auftragnehmer hat für ausgeführte Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und
- die Gerätekenngrößen

enthalten. Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

11. Rechtliche Verpflichtungen des Auftragnehmers als Arbeitgeber

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit das ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehende Entgelt nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die vorenthaltenen Entgelte zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten. Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnpflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den ihnen tariflich zustehenden Lohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z.B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnpflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Bruttoauftragssumme zurückzubehalten. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen die genannten Verpflichtungen, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.

12. Zahlungen

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.3 Für Abschlagszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B für eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile sowie die auf der Baustelle angelieferten Stoffe und Bauteile, die noch nicht eingebaut sind, ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Abschlagszahlungsbürgschaft).
- 12.4 Für sonstige Vorauszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 2 VOB/B ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Vorauszahlungsbürgschaft)

13. Überzahlungen

- 13.1 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs.3 BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.2 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14. Sicherheitsleistung

- 14.1 Soweit in den Besonderen Vertragsbedingungen keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde und die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung und Mängelansprüche in Höhe von 5 Prozent der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten.
- Bis zur Übergabe der Sicherheit für Mängelansprüche haftet die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche auch für die Mängelansprüche des Auftraggebers nach der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers (kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelansprachesicherheit).
- 14.2 Nach Abnahme kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme, inkl. Umsatzsteuer) zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 14.3 Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind (§ 17 Abs.8 Nr.2 VOB/B). Soweit zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

15. Bürgschaften

- 15.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss den Formblättern des Auftraggebers entsprechen und zwar für
- | | |
|--|---|
| die Vertragserfüllung und Mängelansprüche | das Formblatt kombinierte „Vertragserfüllungs- und Mängelansprachebürgschaft“ |
| die Mängelansprüche | das Formblatt „Mängelansprachebürgschaft“ |
| vereinbarte Abschlagszahlungen gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B | das Formblatt „Abschlagszahlungsbürgschaften“ |
| vereinbarte Vorauszahlungen gemäß § 16 Abs.2 Nr.1 S.1 VOB/B | das Formblatt „Vorauszahlungsbürgschaften“ |
- 15.2 Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 17 Abs.4 Satz 2 Halbsatz 2 VOB/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:
- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
 - Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
 - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
 - Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
 - Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag ist – soweit gesetzlich zulässig- Nürnberg.

- 15.3 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.
- 15.4 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

16. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

17. Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", VOB Teil A, „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen“, DIN 1960 - Ausgabe 2019, Abschnitt 1.

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten oder Widersprüche, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Angebote/Anträge in Schriftform dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist. Bei schriftlicher Angebotsübermittlung ist das Angebot an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben; für das Angebot sind die Vordrucke der Vergabestelle zu verwenden. Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zugelassen. Die von der Vergabestelle verfassten Verdingungsunterlagen sind allein verbindlich, auch bei Abweichungen in Bezug auf den Text oder die Mengenangaben, zwischen der vom Bieter/Bewerber ausgedruckten Fassung und den Vergabeunterlagen der Vergabestelle.

1.3.3 Bei elektronischer Angebots-/Antragsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln. Angebote in Textform dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist.

1.3.4 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.5 Die Auftraggeberin legt gem. § 16a Abs. 3 VOB/A fest, dass Preisangaben nicht nachgefordert werden.

1.3.6 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe im Zuge der Angebotsaufklärung gemäß § 15 VOB/A verlangt werden oder deren Vorlage gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A vorbehalten ist, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

1.3.7 Soweit keine individuelle Frist gem. Ziff. 1.3.6 festgelegt ist, sind als Frist für die Vorlage von nachgeforderten Unterlagen gem. § 16a Abs. 4 VOB/A grundsätzlich sechs Kalendertage vorgesehen.

1.4. Datenschutz

- 1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.
- 1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.
- 1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Urkalkulation

Der Bieter/Bewerber, der den Zuschlag erhalten soll, hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt u. U. auch für die Urkalkulation seiner Nachunternehmer. Die Nichtvorlage kann dazu führen, dass das Angebot ausgeschlossen wird.

1.6 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der festgelegt ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der festgelegt ist, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

1.7 Nebenangebote

- 1.7.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.
- 1.7.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens
 - die funktionalen Anforderungen und
 - die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.
 - Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.
- 1.7.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Verdingungsunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 1.7.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 1.7.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.7.1 bis 1.7.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.8 Eignungsnachweis

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € netto für den Bieter/Bewerber, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenerklärung zur Eignung eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister (§ 6 Abs. 1 WReg) beim Bundeskartellamt durchführen.

Ein Bieter/Bewerber, der seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat vergleichbare Bescheinigungen der für ihn zuständigen Behörden oder Institutionen vorzulegen. Darüberhinaus ist – soweit zutreffend – die Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem "Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)" ist auf Verlangen nachzuweisen. Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis verlangt.

Zusätzliche Vertragsbedingungen

1. Preisermittlungen

- 1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- 1.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast für die von ihm beanspruchte geänderte bzw. zusätzliche Vergütung. Es ist von ihm daher zu belegen, welche Mehr- und Minderkosten entstanden sind bzw. dass die Zusatzvergütung der Höhe nach aus der Kalkulation des Hauptvertrages abgeleitet ist. Dies umfasst erforderlichenfalls auch die Vorlage von Angeboten oder Rechnungen, welche der Kalkulation des hauptvertraglichen Preises und/oder des Nachtragspreises zugrunde liegen.
- 1.3 Die Nummern 1.1 und 1.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

2. Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen und Bauteilen nach Zeit, Menge und Lieferanten,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- Gründe von Abweichungen oder für die Änderung von bisher vorgesehenen Leistungen oder Zusätze dazu
- Etwaige Aufmaßvorgänge
- Anwesenheiten oder Abwesenheiten von Aufsichtspersonal (einschließlich Architekten und Ingenieure) sowie deren Weisungen

3. Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

4. Kündigung aus wichtigem Grund

Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 648 a BGB berechtigt, den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund kann z.B. vorliegen, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gleich. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesen Fällen gelten § 8 Abs. 3, 5, 6 und 7 VOB/B entsprechend.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

- 5.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Bruttoauftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Abs. 4 VOB/B, bleiben unberührt.
- 5.2 Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen i.S.d. Ziffer 5.1 gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über:
- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
 - die zu fordernden Preise,
 - Bindungen sonstiger Entgelte,
 - Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 24 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

6. Abrechnung

- 6.1 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu sehen sein.
- 6.2 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 6.3 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma zu runden. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.

7. Preisnachlässe

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

8. Bauabrechnung mit DV-Anlagen

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit DV-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- 8.1 Rechenverfahren/DV-Programme:
Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere DV-Programme dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.
- 8.2 Vereinbarung:
Rechtzeitig vor Beginn der ersten Abrechnungsarbeiten (z.B. Aufmaße) sind, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), schriftlich zu vereinbaren:
- Art der Leistungserfassung (z.B. gemeinsame Aufmaße, gegebenenfalls Aufmaßtechnik, Entwurfsunterlagen),

- wenn eine Abrechnung nach Entwurfsunterlagen (Zeichnungen, Berechnungen) beabsichtigt ist; Festlegung, ob der Auftraggeber Unterlagen auf Datenträger zur Verfügung stellt,
- besondere geometrische Bedingungen (z.B. Profilabstände, Lage der Querprofile bei gekrümmter Achse, Behandlung von Böschungsausrundungen),
- Festlegung der Berechnungsabschnitte,
- Herkunft der Eingabedaten für die Messwertaufbereitung, für die Berechnung von Profilbegrenzungen und für die Mengenberechnung,
- Festlegung der zugrunde zulegenden REB-VB,
- wenn dem Auftraggeber die Eingabedaten auf Datenträger zu übergeben sind: DV-spezifische Einzelheiten zu den Datenträgern,
- gegebenenfalls Eingabe-Kapazitätsgrenzen, die je Rechenlauf bei der Leistungsberechnung einzuhalten sind.

8.3 Datenträger:
Sind dem Auftraggeber Eingabedaten auf Datenträgern zu liefern, so sind diese erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen.

8.4 Berichtigung der Leistungsberechnung:
Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

9. Rechnungen

- 9.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 9.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 9.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 9.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 9.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 9.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die LeitwegID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

10. Stundenlohnarbeiten

Der Auftragnehmer hat für ausgeführte Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und
- die Gerätekenngrößen

enthalten. Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

11. Rechtliche Verpflichtungen des Auftragnehmers als Arbeitgeber

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit das ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehende Entgelt nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die vorenthaltenen Entgelte zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten. Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnpflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den ihnen tariflich zustehenden Lohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z.B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnpflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Bruttoauftragssumme zurückzubehalten. Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen die genannten Verpflichtungen, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.

12. Zahlungen

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.3 Für Abschlagszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B für eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile sowie die auf der Baustelle angelieferten Stoffe und Bauteile, die noch nicht eingebaut sind, ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Abschlagszahlungsbürgschaft).
- 12.4 Für sonstige Vorauszahlungen i.S.d. § 16 Abs. 2 VOB/B ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten (Vorauszahlungsbürgschaft)

13. Überzahlungen

- 13.1 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs.3 BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.2 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14. Sicherheitsleistung

- 14.1 Soweit in den Besonderen Vertragsbedingungen keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde und die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung und Mängelansprüche in Höhe von 5 Prozent der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten.

Bis zur Übergabe der Sicherheit für Mängelansprüche haftet die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche auch für die Mängelansprüche des Auftraggebers nach der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers (kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelanspruchesicherheit).

- 14.2 Nach Abnahme kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme, inkl. Umsatzsteuer) zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 14.3 Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind (§ 17 Abs.8 Nr.2 VOB/B). Soweit zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

15. Bürgschaften

- 15.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss den Formblättern des Auftraggebers entsprechen und zwar für

die Vertragserfüllung und Mängelansprüche	das Formblatt kombinierte „Vertragserfüllungs- und Mängelanspruchebürgschaft“
die Mängelansprüche	das Formblatt „Mängelanspruchebürgschaft“
vereinbarte Abschlagszahlungen gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B	das Formblatt „Abschlagszahlungsbürgschaften“
vereinbarte Vorauszahlungen gemäß § 16 Abs.2 Nr.1 S.1 VOB/B	das Formblatt „Vorauszahlungsbürgschaften“

- 15.2 Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 17 Abs.4 Satz 2 Halbsatz 2 VOB/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag ist – soweit gesetzlich zulässig- Nürnberg.

- 15.3 Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.
- 15.4 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

16. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

17. Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Besondere Vertragsbedingungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

Maßnahme: Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_ Gerüstarbeiten

Gewerk: Gerüstbau

1. Ausführungsfristen (§ 5)

Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

1.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen am: 20.07.2026

1.2 Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) am: 04.12.2026

Anmerkungen zur Bauzeit: Mit der Gerüststellung soll am 20.07.2026 begonnen werden.

1.3 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs.1 sind:

- vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn: Ja
- vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung: Nein
- folgende Einzelfristen werden als Vertragsfrist vereinbart:

Leistung	Datum
----------	-------

Gerüst aufstellen	20.07.2026
-------------------	------------

1.4 ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese neuen Fristen an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Fristen.

2. Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

2.1 bei schuldhafter Überschreitung der als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen:

0.2 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer). Bezugsgröße der Vertragsstrafe ist der Teil dieser Abrechnungssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 bei schuldhafter Überschreitung der Frist für die Vollendung der Leistung:

0.2 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer).

2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Nr. 2.2 genannten Prozentsatz des Teils der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.4 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

2.5 Die Vertragsstrafenvereinbarung gilt auch, wenn die Parteien neue Einzelfristen und/oder einen neuen Gesamtfertigstellungstermin vereinbaren. Sie bezieht sich dann auf die neu vereinbarten Termine. Dasselbe gilt entsprechend, wenn sich die Zwischentermine und/oder der Gesamtfertigstellungstermin gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B verschieben.

2.6 Ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung, nicht gehöriger Erfüllung oder Verzug wird auf eine verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Zahlung (§ 16)

3.1 Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 S.2 auf **30** Tage verlängert.

3.2 Die Frist für den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs.5 Nr. 3 S.3 wird auf Tage verlängert.

4. Sicherheitsleistung (§ 17)

Bei Aufträgen über 250.000 Euro netto ist Sicherheit für die Vertragserfüllung sowie für Mängelansprüche zu leisten und zwar in Höhe von:**5 Prozent** der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge)

5. Mängelansprüche

Für folgende Leistungen, für die die Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 4 Nr.1 VOB/B nicht gelten soll, beträgt die Mängelanspruchsfrist für:

Leistung	Mängelanspruchsfrist in Jahren
----------	--------------------------------

6. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Keine



Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und Aufmaß oder sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als E-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als E-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg Hochbauamt

Franziska Diedrich
Leitweg-ID: 09564000-09564000-640B120-66
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

ERGÄNZENDE ERKLÄRUNGEN ZUR ANGEBOTSABGABE

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. Bei den angebotenen Preisen handelt es sich um Festpreise.

Die nachfolgend aufgeführten Erklärungen gelten mit Angebotsabgabe als erteilt.

1. Vertragliche Grundlage

- 1.1 Meinem / Unserem Angebot liegen die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/ Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung, die VOB/B und die VOB/C in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung zu Grunde.
- 1.2 Die Rangfolge richtet sich nach § 1 VOB/B.

2. Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern

- 2.1 Für den angegebenen Umfang der Weitervergabe gilt die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers mit Vertragsabschluss als erteilt. Mir/Uns ist bekannt, dass nach Vertragsabschluss mit dieser Zustimmung zur Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer nur in begründeten Ausnahmefällen zu rechnen ist.
- 2.2 Mir/Uns ist bewusst, dass eine Nichtbeachtung dieser Erklärung meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb haben kann.
- 2.3 Zum Umfang der Eigenausführung wird auf die Angabe zum Einsatz von Nachunternehmern verwiesen. Ich/wir werde(n) die Leistungen, die ich/wir nicht in der/den Nachunternehmerliste(n) angegeben habe(n), im eigenen Betrieb ausführen.

3. Einhaltung der tarifvertraglichen und sozialrechtlichen Bestimmungen

- 3.1 Mit Angebotsabgabe verpflichte(n) ich/wir mich/uns, im Fall der Auftragserteilung die in meinem/unserem Unternehmen beschäftigten tarifgebundenen Arbeitnehmer nicht unter den für mein/e Unternehmen geltenden Lohnтарifen zu entlohnen. Gleiches gilt für meine/unsere Verpflichtung aus Sozialkassentarifverträgen, die auf mein/unser Unternehmen anzuwenden sind.
- 3.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Beiträge zu den Zweigen der sozialen Sicherheit zu zahlen, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse anzuwendenden Recht zu entrichten sind.
- 3.3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dem öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblick in die Lohnabrechnung zu geben. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zu der Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde(n) ich/wir einholen.
- 3.4 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Löhne und Gehälter auch ausländischer Beschäftigten mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse auf der Baustelle bereitzuhalten oder auf Wunsch des Auftraggebers im jeweiligen Büro des Auftraggebers vorzulegen.
- 3.5 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer eine gleichlautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.
- 3.6 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000

Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen.

- 3.7 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer sich mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet, für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall der entgegen den obigen Verpflichtungen erfolgten Entlohnung eines in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmers oder der Nichtabführung von Sozialkassenbeiträgen an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Auftragssumme, maximal 25.000 Euro, bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250.000 Euro, zu zahlen. Die Vertragsstrafe wird nicht mehr verlangt, wenn wegen des zu Grunde liegenden Verstoßes straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen mich/uns ergriffen worden sind.

4. Wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Vergabeverfahren meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

5. Änderungen im Vergabeverfahren

Die mir/uns zugegangenen Änderungen im Vergabeverfahren sind Gegenstand meines/unseres Angebotes. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:
Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

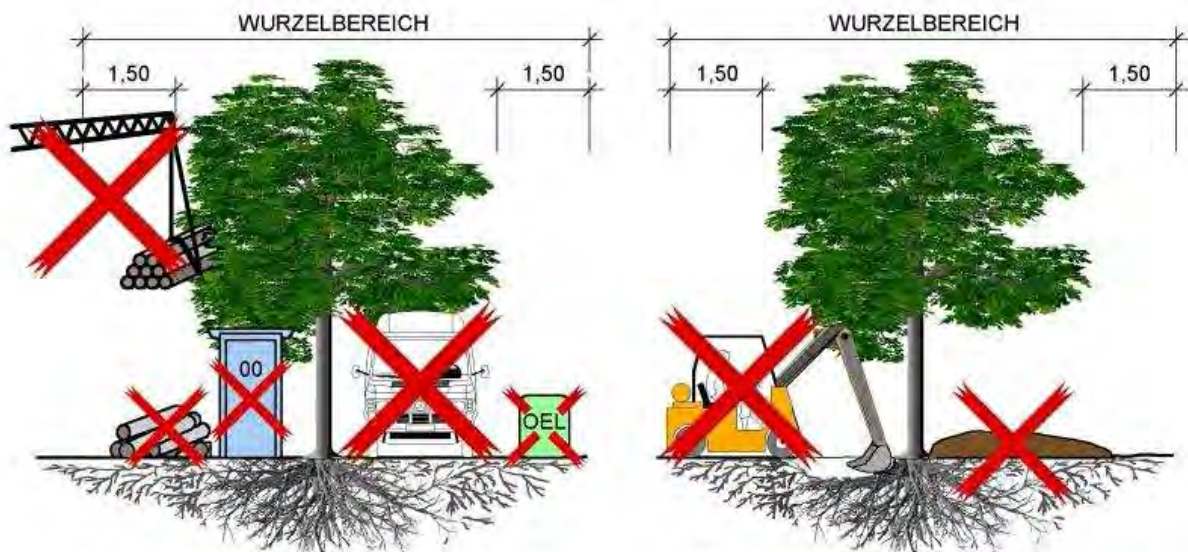
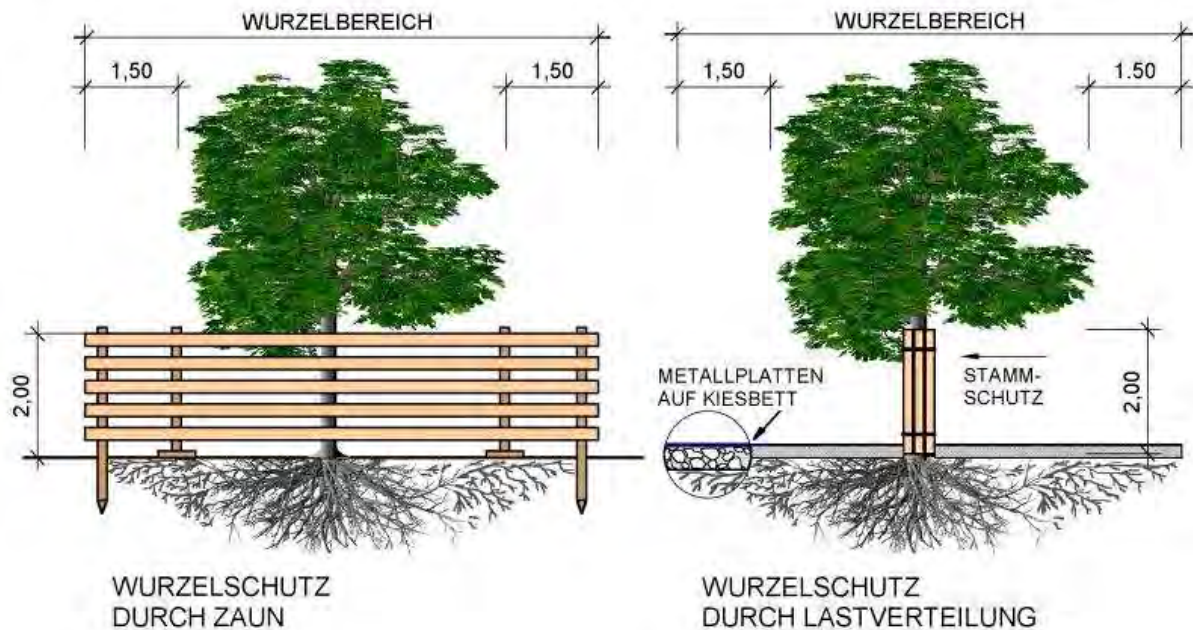
Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Baumschutz auf Baustellen

AUTOR: ARBEITSKREIS STADTBÄUME, GARTENAMTSLEITERKONFERENZ IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

NOVEMBER 2001



NICHT BEFAHREN
NICHT ABLAGERN:
- TREIBSTOFFE, CHEMIKALIEN
- BAUMATERIALIEN
- BAUSTELLENEINRICHTUNG
SCHWENKBEREICH BEACHTEN

WICHTIG:
DIN 18920
RAS -LP4
BAUMSCHUTZSATZUNG

KEIN BODENABTRAG
KEINE AUFSCHÜTTUNG
NICHT VERDICHTEN
KEINE LEITUNGSVERLEGUNG!
KRONE SCHÜTZEN

Besondere Vertragsbedingungen

Die §§-Angaben beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

Maßnahme: Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_ Gerüstarbeiten

Gewerk: Gerüstbau

1. Ausführungsfristen (§ 5)

Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

1.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen am: 20.07.2026

1.2 Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) am: 04.12.2026

Anmerkungen zur Bauzeit: Mit der Gerüststellung soll am 20.07.2026 begonnen werden.

1.3 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs.1 sind:

- vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn: Ja
- vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung: Nein
- folgende Einzelfristen werden als Vertragsfrist vereinbart:

Leistung	Datum
----------	-------

Gerüst aufstellen	20.07.2026
-------------------	------------

1.4 ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese neuen Fristen an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Fristen.

2. Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

2.1 bei schuldhafter Überschreitung der als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen:

0.2 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer). Bezugsgröße der Vertragsstrafe ist der Teil dieser Abrechnungssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 bei schuldhafter Überschreitung der Frist für die Vollendung der Leistung:

0.2 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer).

2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Nr. 2.2 genannten Prozentsatz des Teils der Abrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.4 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

2.5 Die Vertragsstrafenvereinbarung gilt auch, wenn die Parteien neue Einzelfristen und/oder einen neuen Gesamtfertigstellungstermin vereinbaren. Sie bezieht sich dann auf die neu vereinbarten Termine. Dasselbe gilt entsprechend, wenn sich die Zwischentermine und/oder der Gesamtfertigstellungstermin gemäß § 6 Abs. 2 VOB/B verschieben.

2.6 Ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung, nicht gehöriger Erfüllung oder Verzug wird auf eine verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Zahlung (§ 16)

3.1 Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 S.2 auf **30** Tage verlängert.

3.2 Die Frist für den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs.5 Nr. 3 S.3 wird auf Tage verlängert.

4. Sicherheitsleistung (§ 17)

Bei Aufträgen über 250.000 Euro netto ist Sicherheit für die Vertragserfüllung sowie für Mängelansprüche zu leisten und zwar in Höhe von:**5 Prozent** der Bruttoauftragssumme (ohne Nachträge)

5. Mängelansprüche

Für folgende Leistungen, für die die Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 4 Nr.1 VOB/B nicht gelten soll, beträgt die Mängelanspruchsfrist für:

Leistung	Mängelanspruchsfrist in Jahren
----------	--------------------------------

6. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Keine



Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und Aufmaß oder sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als E-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als E-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Stadt Nürnberg Hochbauamt

Franziska Diedrich
Leitweg-ID: 09564000-09564000-640B120-66
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg

Rechtsamt Abteilung 3-VMN

Bauhof 9

90402 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg

Behördlicher Datenschutz

Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 € ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Aufnahme in eine Bieterkartei

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Rechtsamt Abteilung 3-VMN
Bauhof 9
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 4831

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Pflege einer Bieterkartei
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit DSB Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, bis Sie uns von dem Wunsch, aus der Bieterkartei entfernt zu werden, in Kenntnis setzen. Personenbezogene Daten in Unterlagen aus Anlass der Aufnahme in die Bieterkartei (z.B. im Rahmen der Eignungsprüfung) werden so

lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten können Sie bei Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nicht berücksichtigt werden.

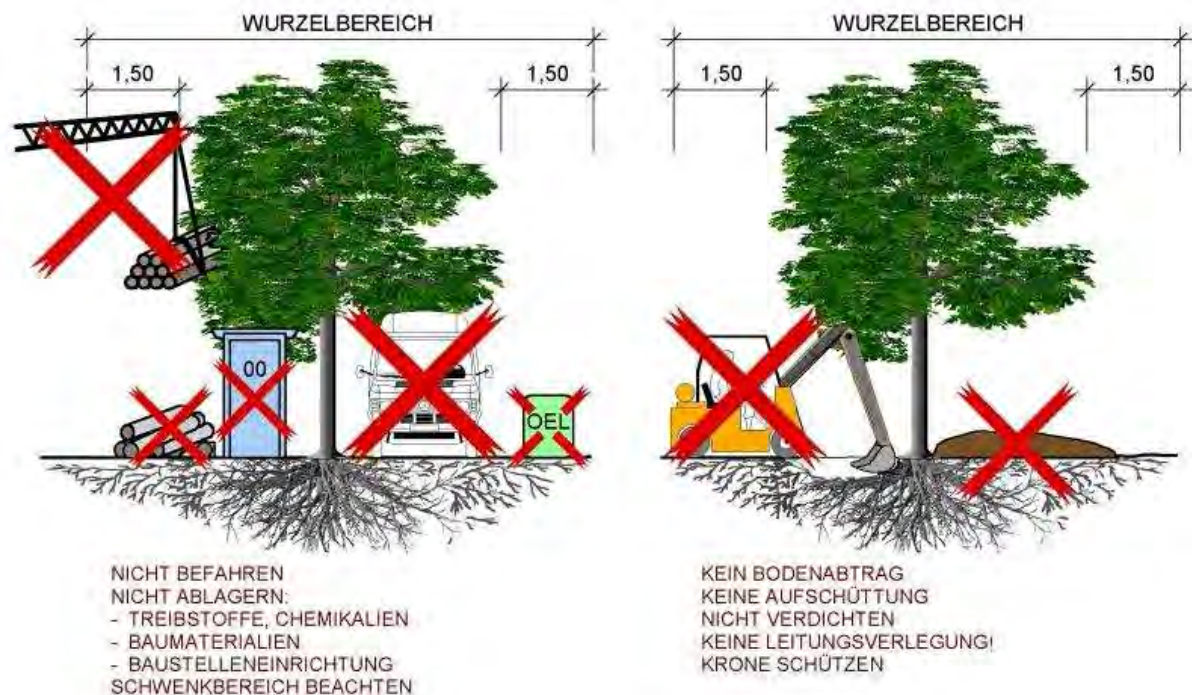
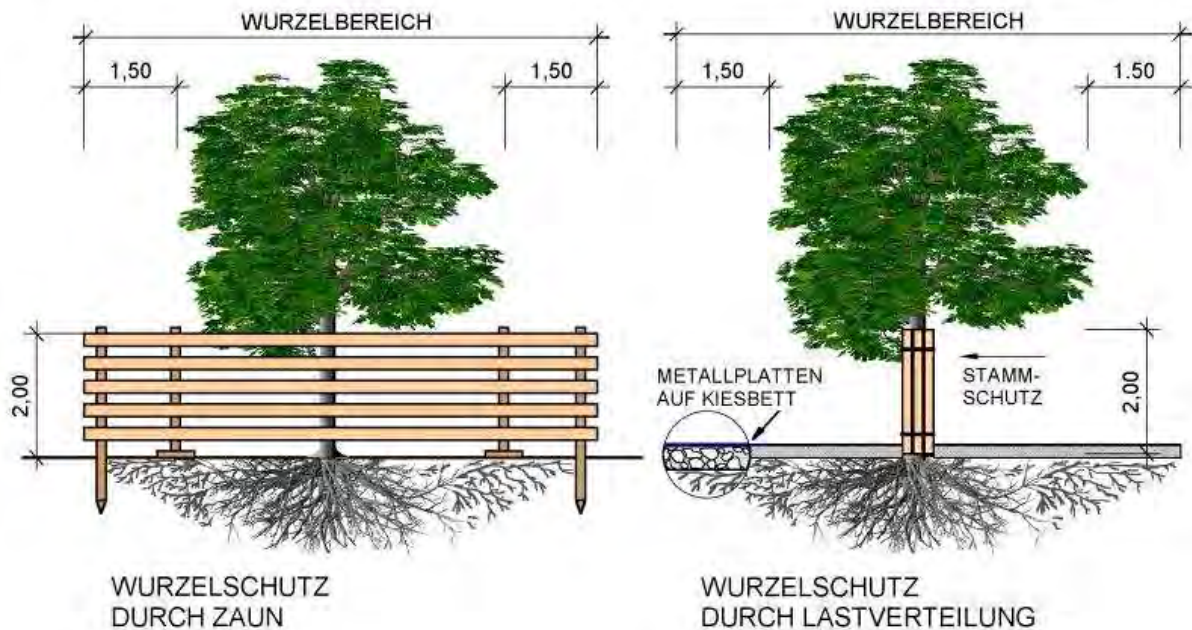
Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.

Baumschutz auf Baustellen

AUTOR: ARBEITSKREIS STADTBÄUME, GARTENAMTSLEITERKONFERENZ IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

NOVEMBER 2001



NICHT BEFAHREN
 NICHT ABLAGERN:
 - TREIBSTOFFE, CHEMIKALIEN
 - BAUMATERIALIEN
 - BAUSTELLENEINRICHTUNG
 SCHWENKBEREICH BEACHTEN

WICHTIG:
 DIN 18920
 RAS -LP4
 BAUMSCHUTZSATZUNG

KEIN BODENABTRAG
 KEINE AUFSCHÜTTUNG
 NICHT VERDICHTEN
 KEINE LEITUNGSVERLEGUNG!
 KRONE SCHÜTZEN

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

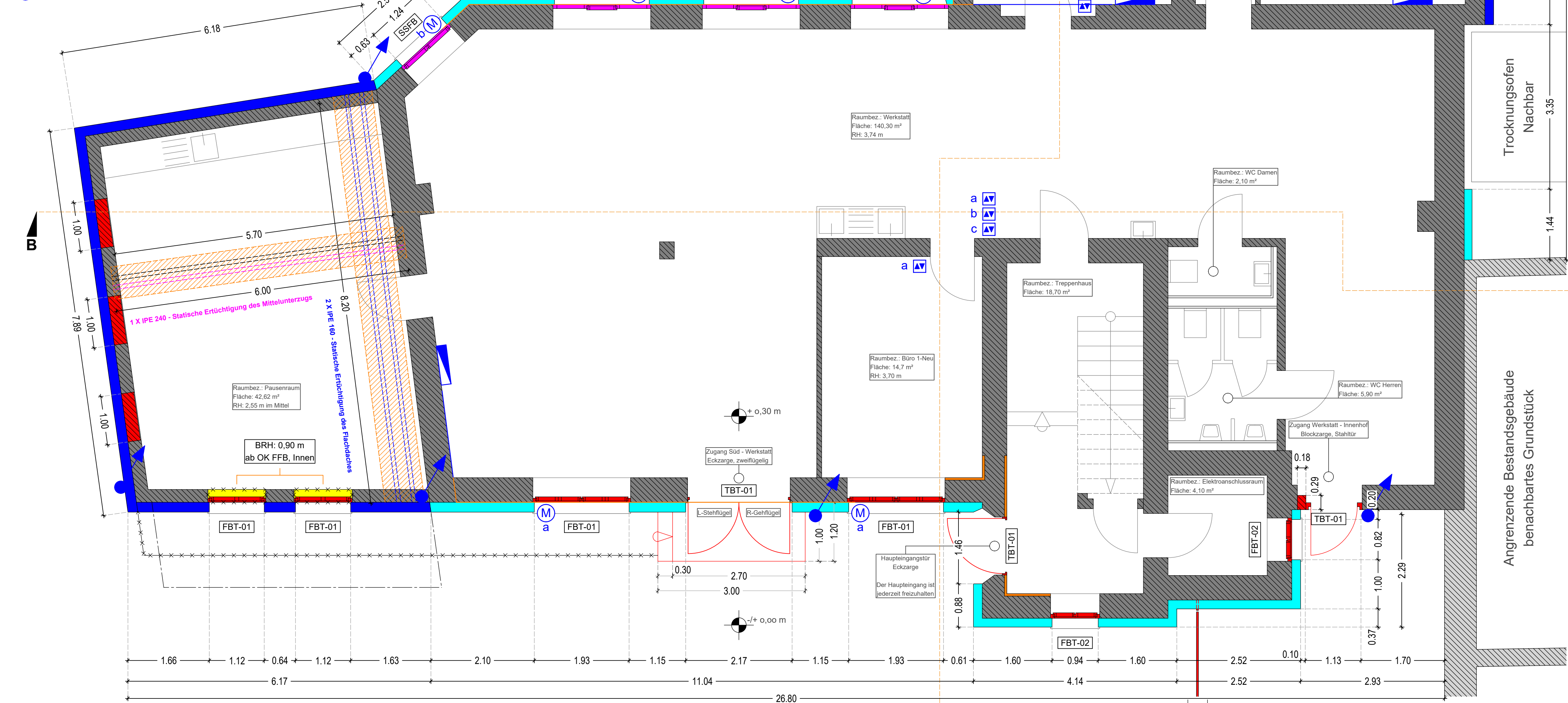
Fensterbauteil 1 (kurz FBT-01)
Energie:
g ≤ 0,33
Uw ≤ 0,95 W/m²K
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25
Schallschutz:
Aus Laborprüfung Rw ≥ 37 dB
Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 35 dB
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
RS,w ≥ 45 dB

Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02)
Energie:
g ≤ 0,33
Uw ≤ 0,95 W/m²K

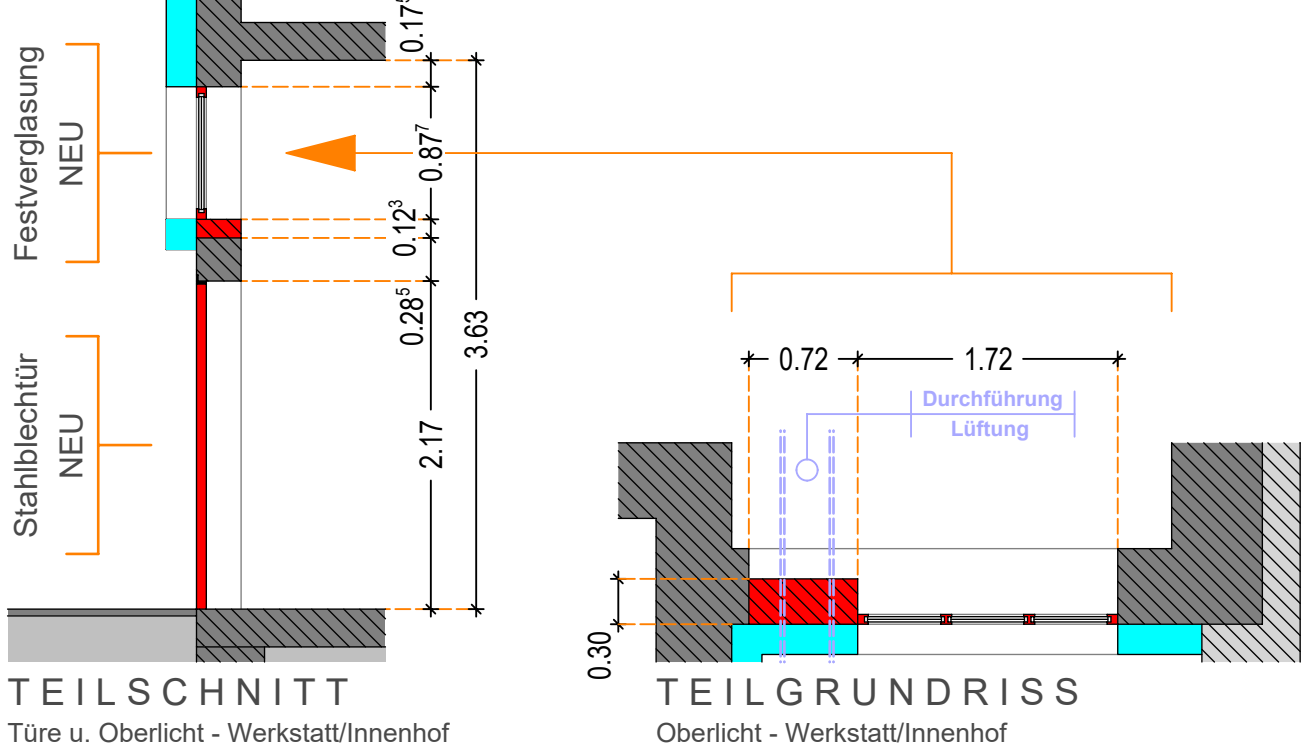
SSFB - Sonnenschutz Fenster Bestand
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25

LEGENDE - Elektro:

- Dachaufangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Ringerder V4A rund 10mm,
Maschenweite 10 X 10m
Unterhalb der Bodenplatte
- Dachaufangleitung Aluminium
rund mind. 8mm
Maschenweite 15 X 15m
- Elt.- Unterverteilung
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32
zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Sonnenschutz | Auf / Ab
- Motor Sonnenschutz Dachfenster
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor



GRUNDRISS EG



LEGENDE :

- Bestand - Benachbarte Grenzbebauung
- Bestand
- Bestand - Aufmauerungen/Ergänzungen
- Rückbau
- Neu
- Kennzeichnung - Bereiche Statischer Ertüchtigungen
- Bestandsfenster - Versatz nach Vorne
- 20mm Innendämmung / Putzersatz
 $\lambda_B \leq 0,055 \text{ W/(m·K)}$
- 160mm Mineralfaser WDVS
 $\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
- 180mm Mineralfaser WDVS
 $\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg Projektleitung - Hochbauamt
Hochbauamt H/EV Franziska Diedrich
Marienortgraben 11 TEL: 0911 / 231 14087
90402 Nürnberg E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- GRUNDRISS EG

PLANGRÖSSE : 860 X 572 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026



LEGENDE:

- Bestand
- Abriss
- NEU
- Grundstücksgrenze
- Gerüstnetz
- Bauzaun
- Rückfahrbereich Schiebetor / Zufahrt SÜD
- Baustelleneinrichtung
- Baugerüst - ca. 1m von AK Fassade
- Baugerüst über EG / Traversen benötigt
- KFZ - Stellplätze / laufender Betrieb Behörde
- Hausmüll - Behörde
- Einfahrten - Grundstück
- Haupteingang zur Behörde

BAUVORHABEN:

Energetische Sanierung
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR:

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG:

Vertretung der Stadt Nürnberg - Hochbauamt
Herr Andrew Schneider / Amtsleiter

Projektleitung - Hochbauamt

Franziska Diedrich

TEL: 0911 / 231 14087

E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

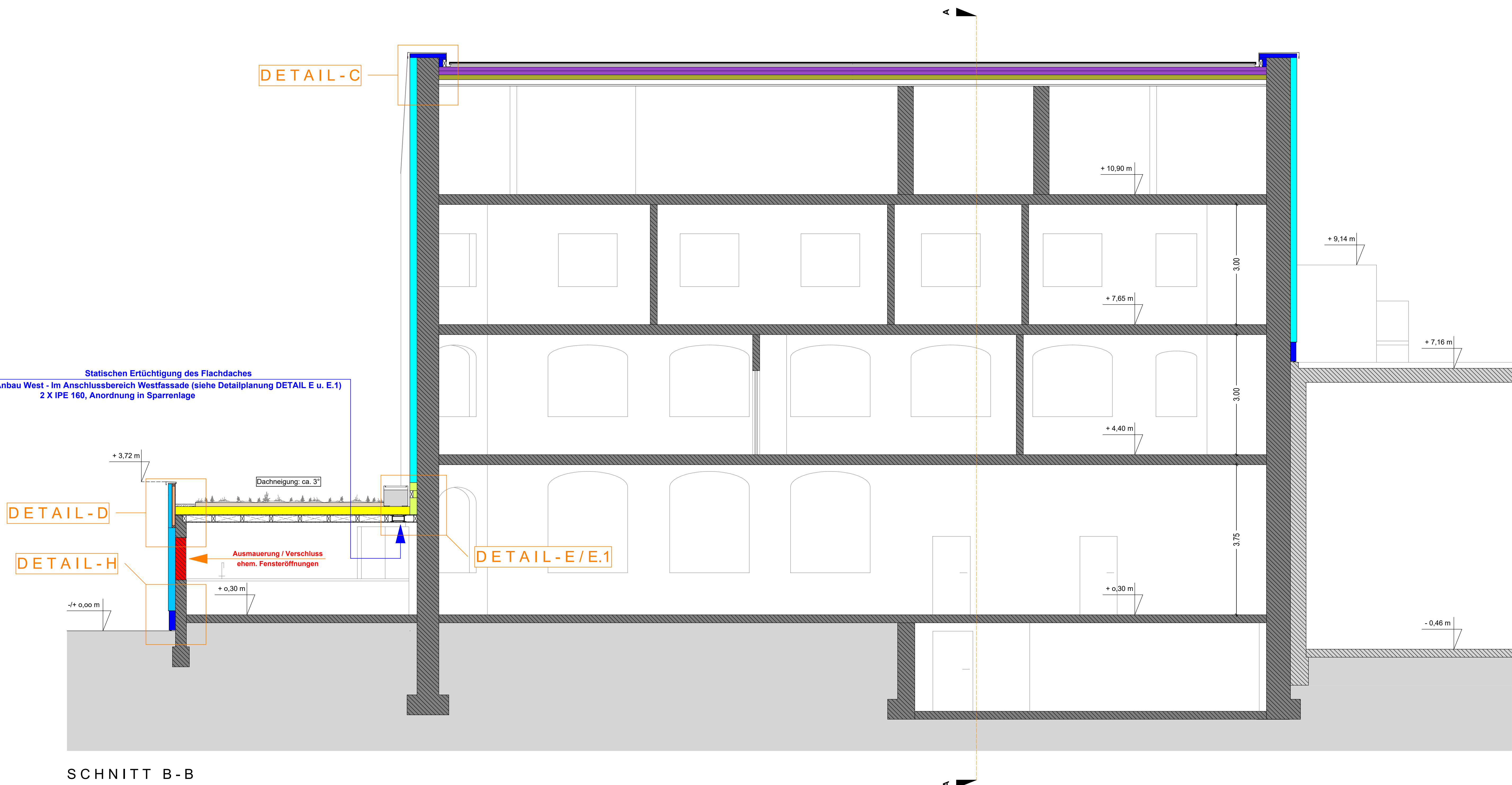
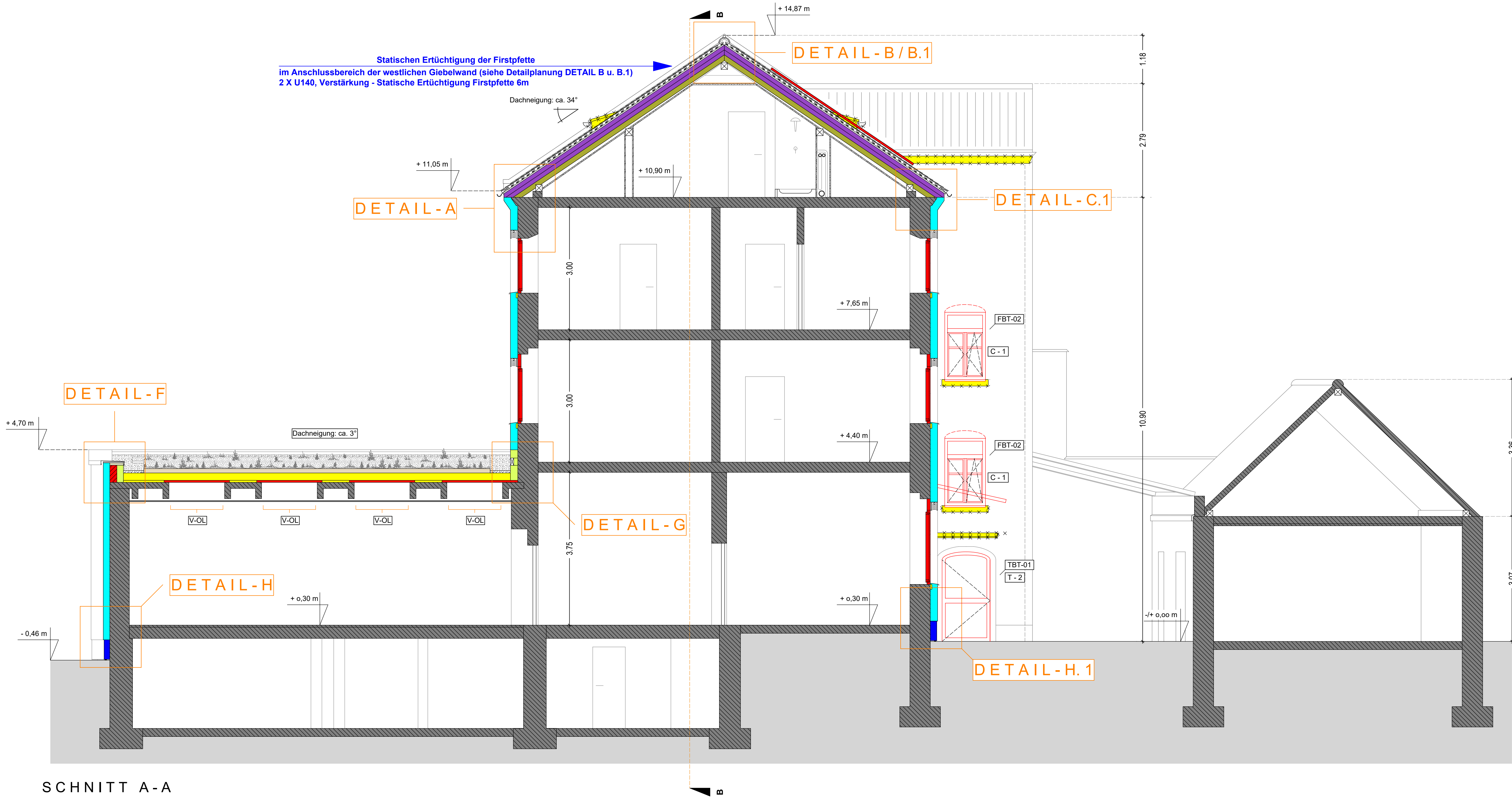
PLANINHALT:

- BAUSTELLENEINRICHTUNG

PLANGRÖSSE: 698 X 583 mm
MASSTAB: 1-100

DATUM: 22.05.2026

BAUSTELLENEINRICHTUNG



LEGENDE:	
	Bestand - Benachbarte Grenzbebauung
	Bestand
	Rückbau
	Neu
	Verschluss ehem. Oberlichter - Anbau Nord
	Attika Dämmelement - PU $\lambda_b \leq 0,025 \text{ W/(m·K)}$
	20mm Innendämmung / Putzersatz $\lambda_b \leq 0,055 \text{ W/(m·K)}$
	120mm MiWo $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
	160mm Mineralfaser WDVS $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
	180mm Mineralfaser WDVS $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
	200mm PU-Dämmung $\lambda_b \leq 0,025 \text{ W/(m·K)}$
	200mm Holzfaser $\lambda_b \leq 0,040 \text{ W/(m·K)}$
	Perimeterdämmung $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
	XPS - Dämmung $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m·K)}$
	60 mm - Steinwolldämmplatte $\lambda_b \leq 0,040 \text{ W/(m·K)}$

BAUVORHABEN:	
Energetische Sanierung Fassade / Dach Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg	
BAUHERR:	
Stadt Nürnberg	
BAUHERRNVERTRETUNG:	
Stadt Nürnberg	Projektleitung - Hochbauamt
Hochbauamt H/EV	Franziska Diedrich
Marientorgraben 11	TEL: 0911 / 231 14087
90402 Nürnberg	E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT:	
- SCHNITT A-A	
- SCHNITT B-B	

PLANGRÖSSE: 994 X 840 mm	DATUM: 21.05.2026
MASSTAB: 1-50	

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

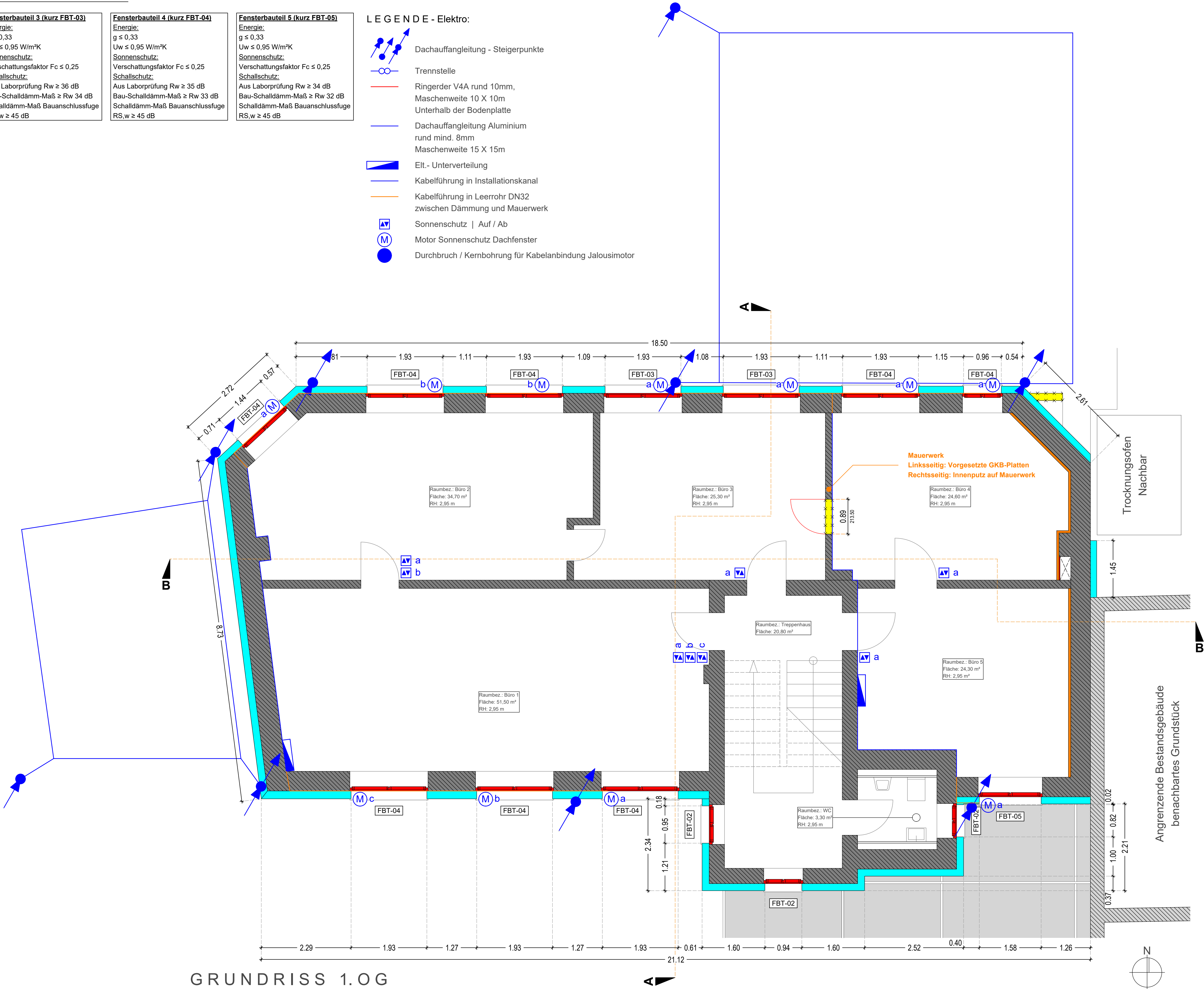
Fensterbauteil 3 (kurz FBT-03)	Fensterbauteil 4 (kurz FBT-04)	Fensterbauteil 5 (kurz FBT-05)
Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 36 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 34 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 35 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 33 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 34 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 32 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB

LEGENDE - Elektro:

- Dachaufangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10m Unterhalb der Bodenplatte
- Dachaufangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15m
- Elt.- Unterverteilung
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Sonnenschutz | Auf / Ab
- Motor Sonnenschutz Dachfenster
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor

LEGENDE :

- Bestand - Benachbarte Grenzbebauung
- Bestand
- Rückbau
- Neu
- 160mm Mineralfaser WDVS
 $\lambda_b \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$
- 60mm Innendämmung
 $\lambda_b \leq 0,045 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$



BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg	Projektleitung - Hochbauamt
Hochbauamt H/EV	Franziska Diedrich
Marientorgraben 11	TEL: 0911 / 231 14087
90402 Nürnberg	E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- GRUNDRISS 1.OG

PLANGRÖSSE : 840 X 530 mm

MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$

Fensterbauteil 3 (kurz FBT-03)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 36 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 34 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge $RS_w \geq 45 \text{ dB}$

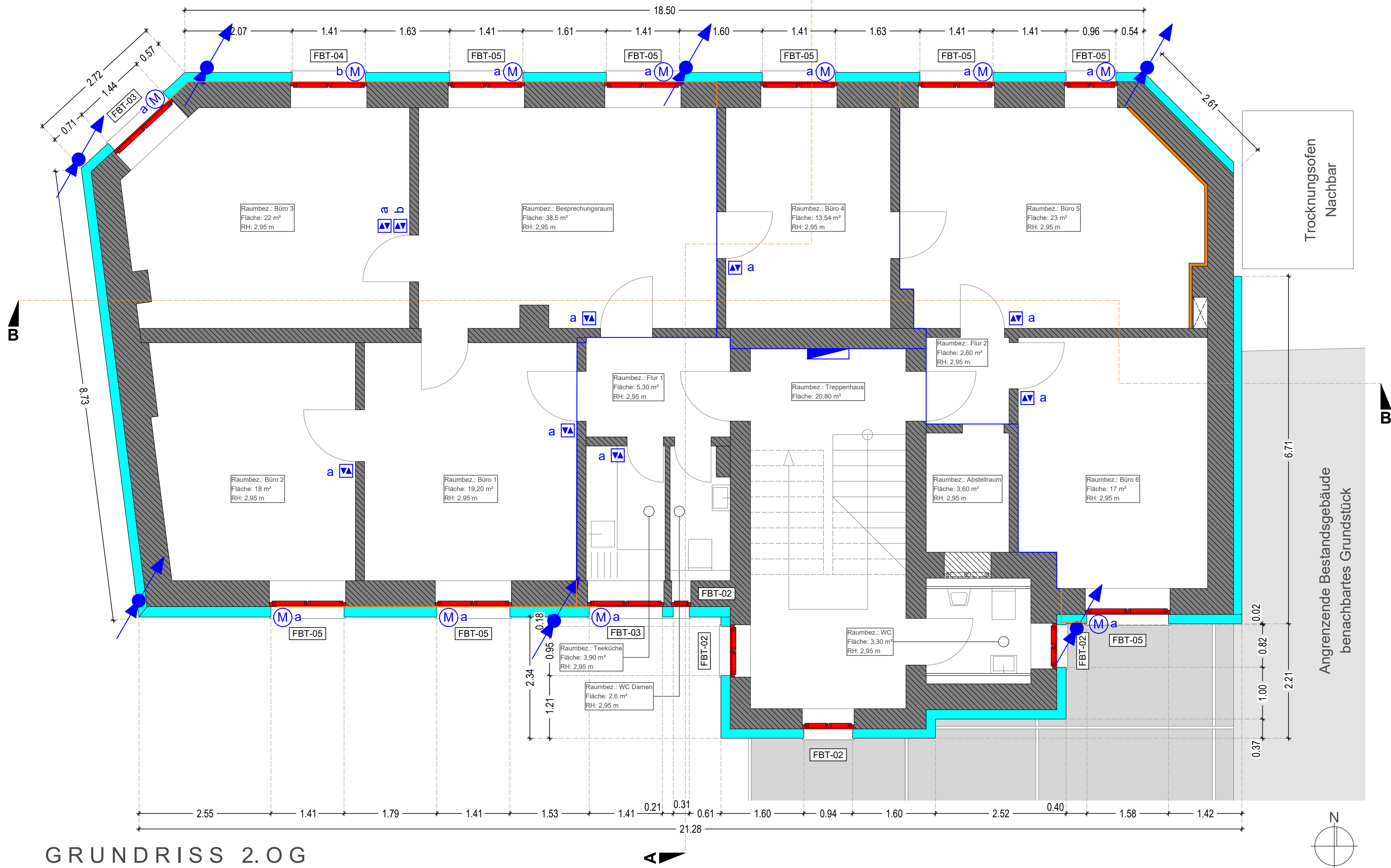
Fensterbauteil 4 (kurz FBT-04)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 35 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 33 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge $RS_w \geq 45 \text{ dB}$

Fensterbauteil 5 (kurz FBT-05)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 34 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 32 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge $RS_w \geq 45 \text{ dB}$

LEGENDE - Elektro

- Dachaufangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10m Unterhalb der Bodenplatte
- Dachaufangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15m

- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Sonnenschutz | Auf / Ab
- Motor Sonnenschutz Dachfenster
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
- Elt.- Unterverteilung



LEGENDE :

- Bestand - Benachbarte Grenzbebauung
- Bestand
- Rückbau
- Neu
- 160mm Mineralfaser WDVS $\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$
- 60mm Innendämmung $\lambda_B \leq 0,045 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg
Hochbauamt H/EV
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

Projektleitung - Hochbauamt
Franziska Diedrich
TEL: 0911 / 231 14087
E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- GRUNDRISS 2.OG

PLANGRÖSSE : 760 X 430 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02)	Dachflächenfensterbauteil 1 (kurz DFBT-01)
Energie: $g \leq 0,33$ $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$	Energie: $g \leq 0,33$ $U_w \leq 1,0 \text{ W/m}^2\text{K}$ Sonnenschutz: Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$

LEGENDE - Elektro:

LEGENDE :

$\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$	$\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$
$\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$	$\lambda_B \leq 0,035 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$
$\lambda_B \leq 0,040 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$	
$\lambda_B \leq 0,025 \text{ W/(m}\cdot\text{K)}$	

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg
Hochbauamt H/EV
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

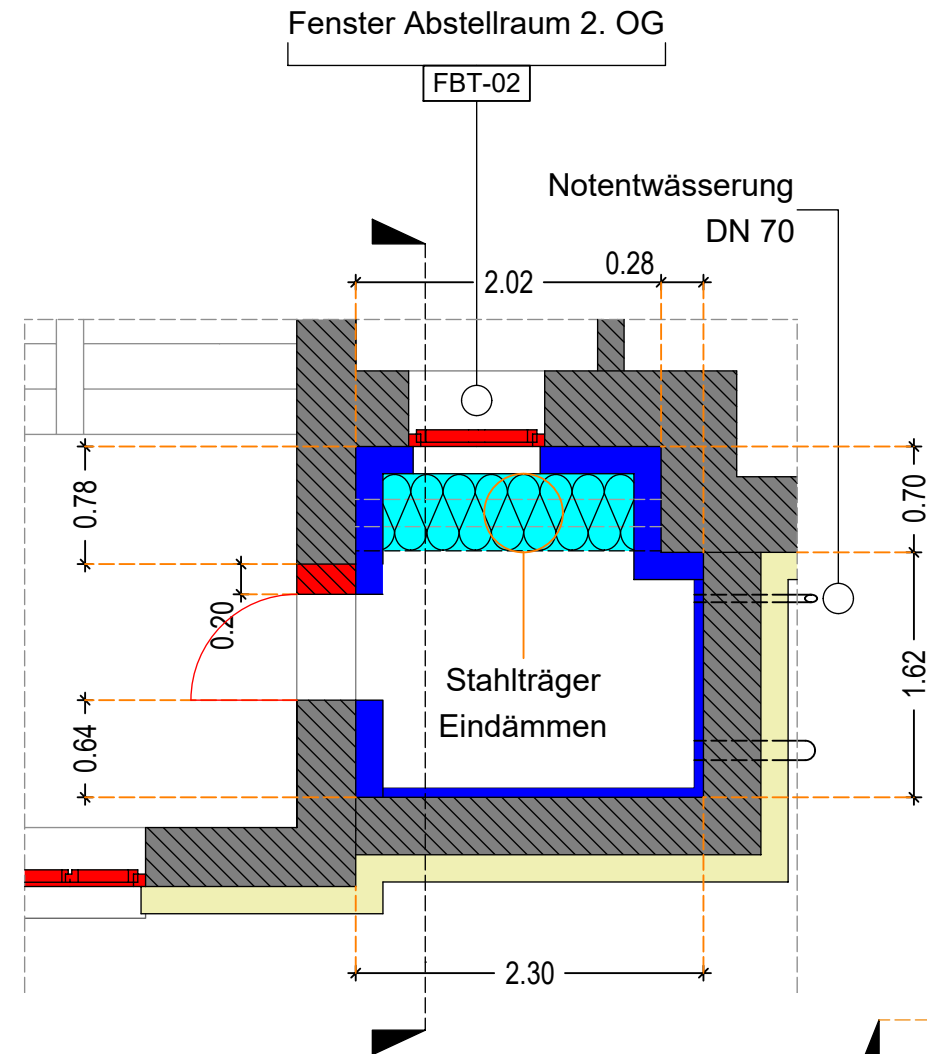
Projektleitung - Hochbauamt
Franziska Diedrich
TEL: 0911 / 231 14087
E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

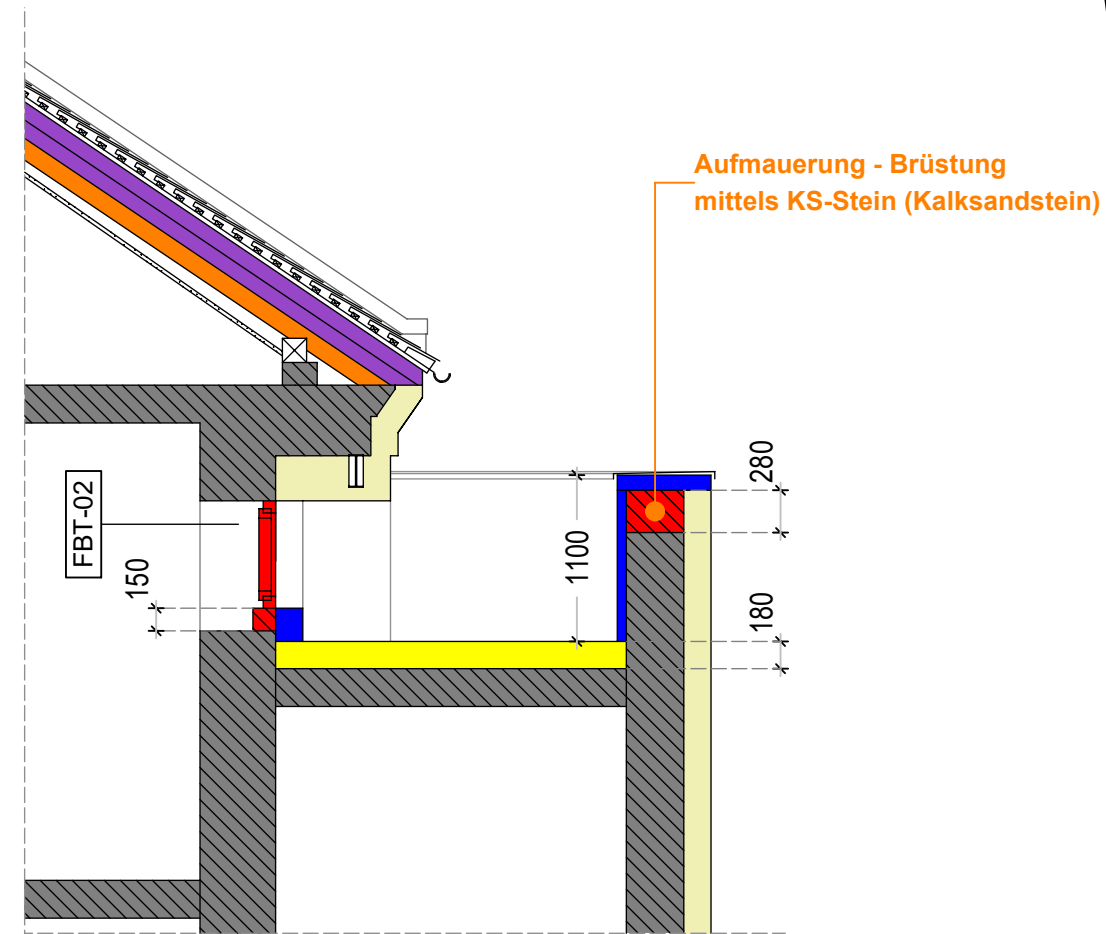
- GRUNDRISS DG

PLANGRÖSSE : 880 X 430 mm
MASSTAB : 1-50

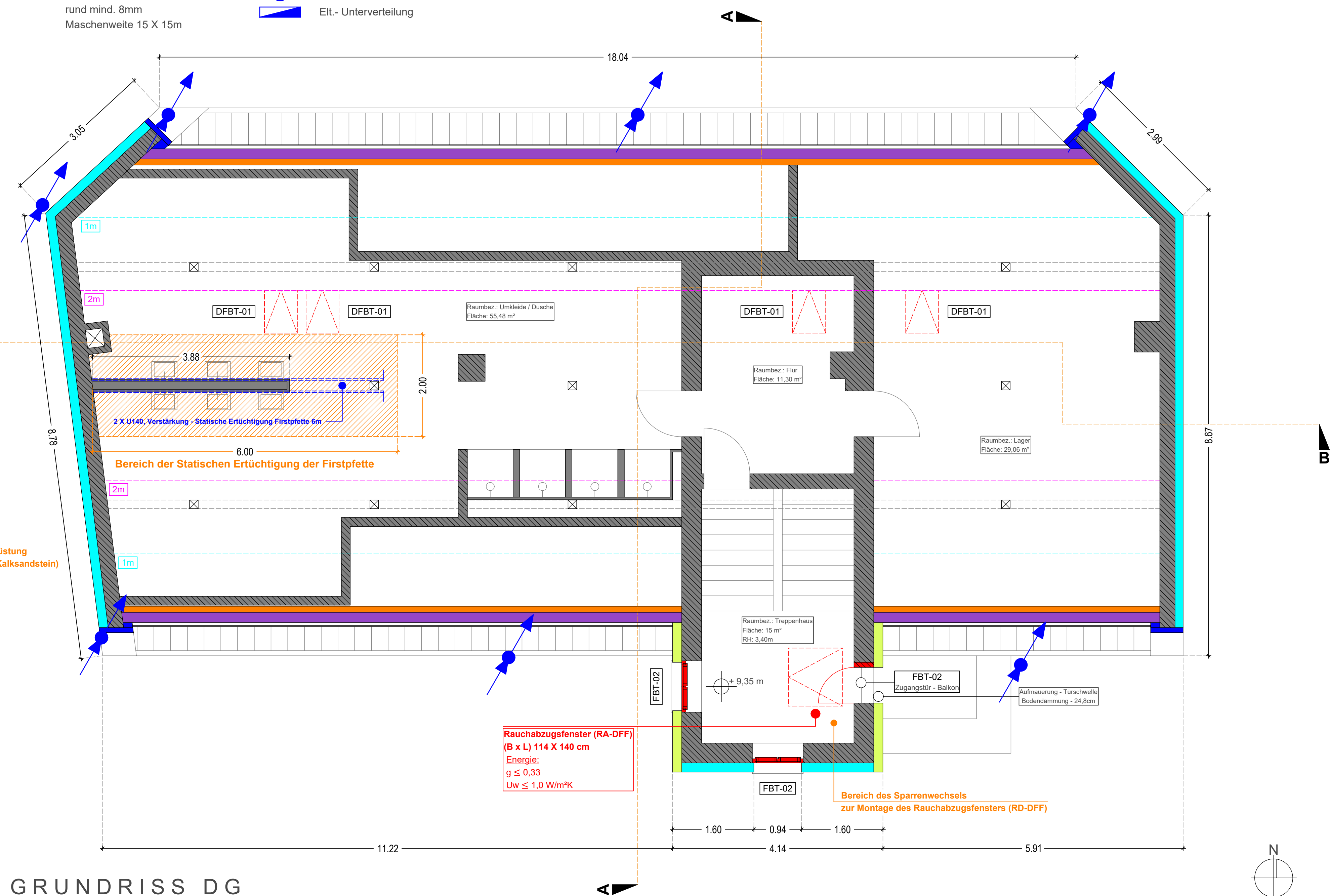
DATUM : 21.05.2026



TEILGRUNDRISS
Balkon



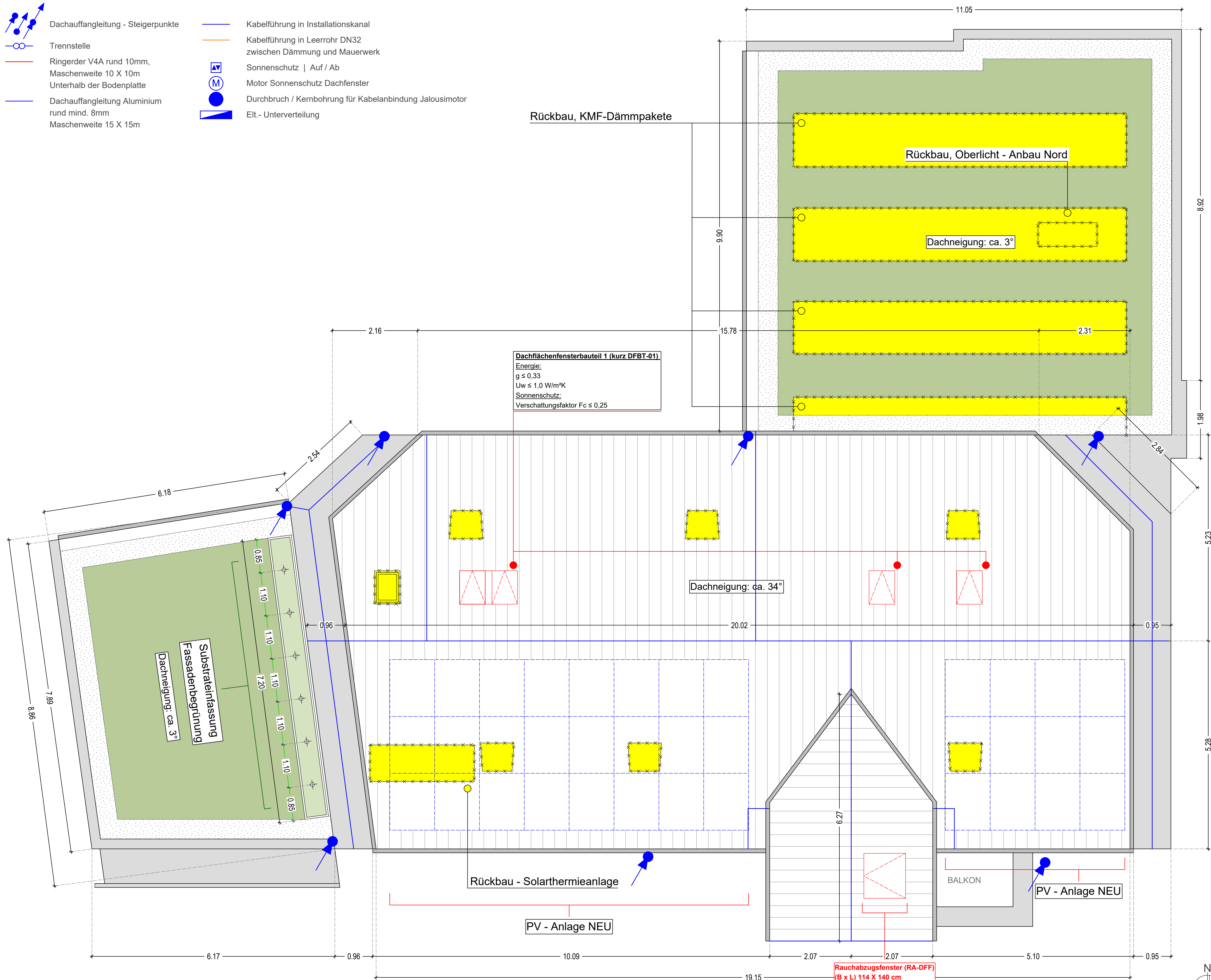
TEILSCHNITT
Balkon



GRUNDRISS DG

LEGENDE - Elektro:

- Dachaufangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Ringender V4A rund 10mm,
Maschenweite 10 X 10m
Unterhalb der Bodenplatte
- Dachaufangleitung Aluminium
rund mind. 8mm
Maschenweite 15 X 15m
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32
zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Sonnenschutz | Auf / Ab
- Motor Sonnenschutz Dachfenster
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
- Elt.- Unterverteilung



DACHAUFSICHT - Übersicht Gesamtmaßnahme, Satteldach

LEGENDE :

-
- Neu
-
- Abriss / Rückbau
-
- Extensive Dachbegrünung
-
- Kiesrandstreifen - 50cm
-
- Verblechung Attika und Vordach
-
- Regenrinne
-
- Satteldach Biberschwanzdeckung
-
- PV Anlage neu
-
- Neue Dachflächenfenster / Rauchabzugsfenster
-
- Bemaßung, Bepflanzung - Fassadenbegrünung

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg	Projektleitung - Hochbauamt
Hochbauamt H/EV	Franziska Diedrich
Marientorgraben 11	TEL: 0911 / 231 14087
90402 Nürnberg	E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- DACHAUFSICHT






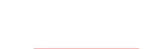

PLANGRÖSSE : 840 X 535 mm
MASSTAB : 1-50

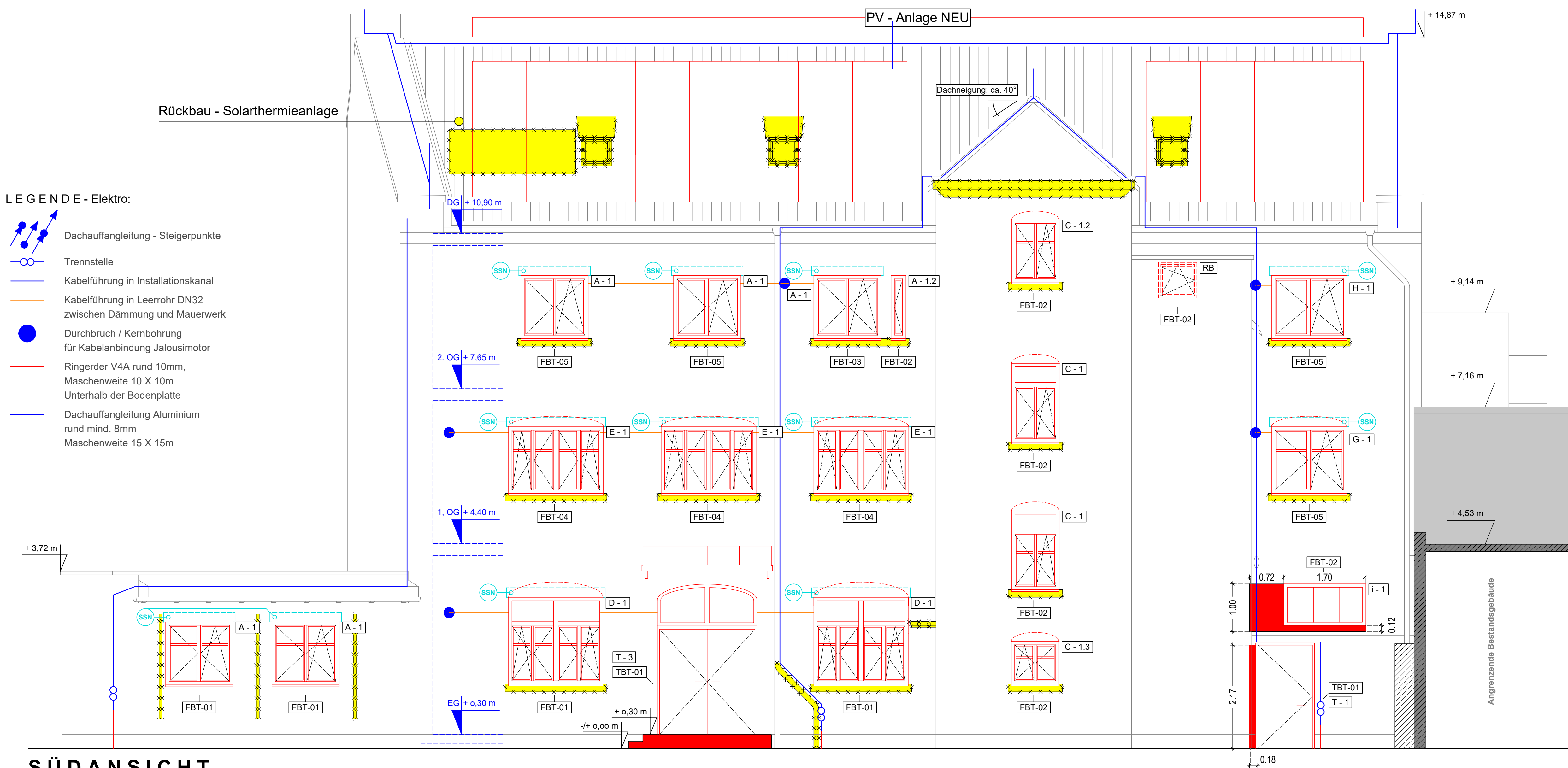
DATUM : 21.05.2026

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

Türbauteil 1 (kurz TBT-01) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 1,3 W/m²K Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 37 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 35 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Fensterbauteil 1 (kurz FBT-01) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 37 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 35 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K	Fensterbauteil 3 (kurz FBT-03) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 36 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 34 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Fensterbauteil 4 (kurz FBT-04) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 35 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 33 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB	Fensterbauteil 5 (kurz FBT-05) Energie: g ≤ 0,33 Uw ≤ 0,95 W/m²K Sonnenschutz: Verschattungsfaktor Fc ≤ 0,25 Schallschutz: Aus Laborprüfung Rw ≥ 34 dB Bau-Schalldämm-Maß ≥ Rw 32 dB Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge RS,w ≥ 45 dB
---	--	--	--	--	--





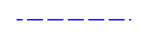

LEGENDE - Elektro:

-  Dachauffangleitung - Steigerpunkte
-  Trennstelle
-  Kabelführung in Installationskanal
-  Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
-  Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
-  Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10mm Unterhalb der Bodenplatte
-  Dachauffangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15mm



SÜDANSICHT

LEGENDE :

-  Abbruch
-  Neubau / Ergänzungsmaßnahmen
-  Neu
-  Lage - Sonnenschutz/Verschattung Fenster
-  Lage - Geschossdecken
-  Neuer Sonnenschutz

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg
Hochbauamt H/EV
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

Projektleitung - Hochbauamt
Franziska Diedrich
TEL: 0911 / 231 14087
E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- SÜDANSICHT

PLANGRÖSSE : 880 X 420 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

**Sonnenschutz - Fenster Bestand
(Kurz SSFB)**
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$

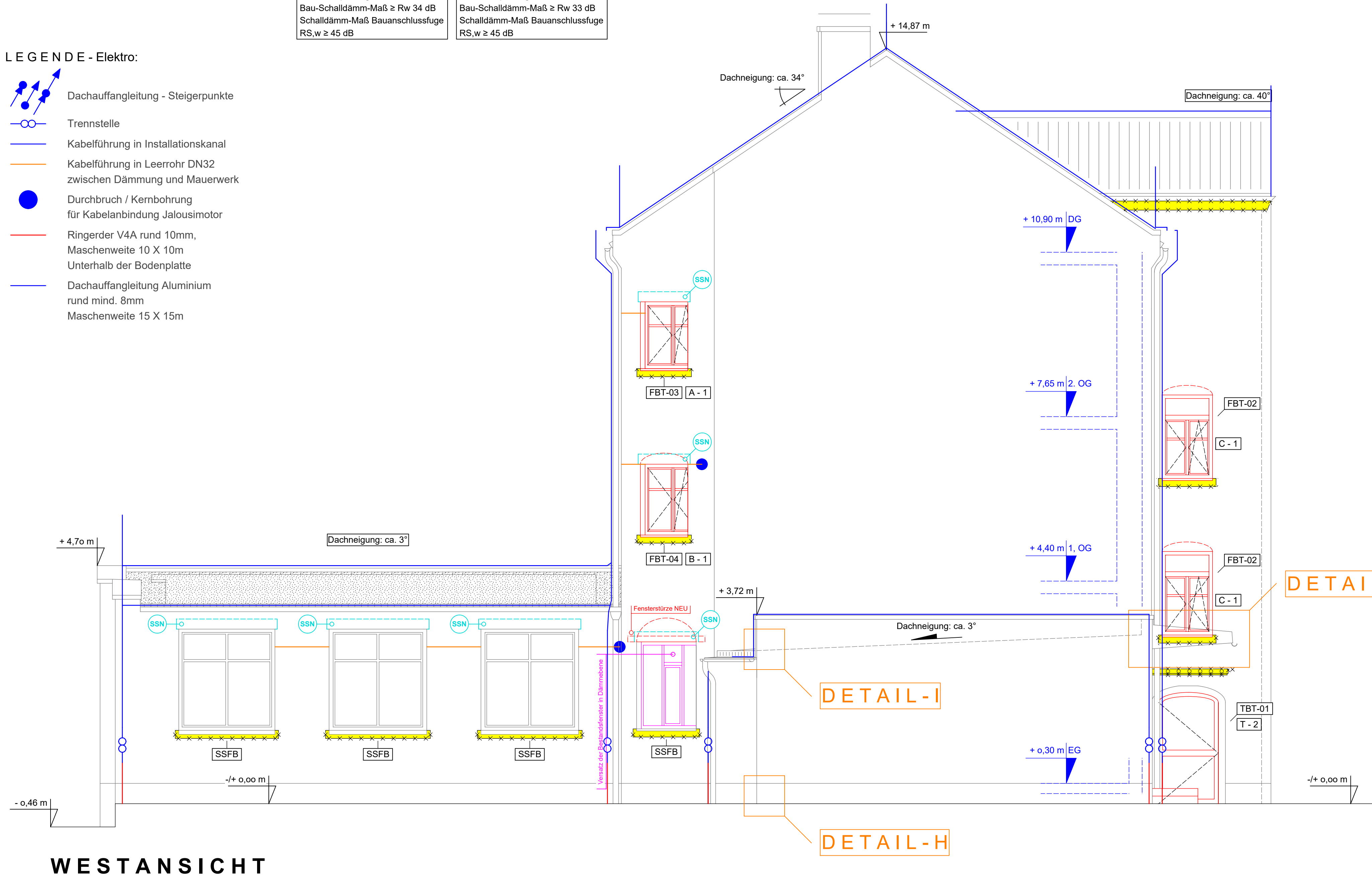
Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$

Fensterbauteil 3 (kurz FBT-03)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 36 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 34 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
 $RS,w \geq 45 \text{ dB}$

Fensterbauteil 4 (kurz FBT-04)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 35 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 33 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
 $RS,w \geq 45 \text{ dB}$

LEGENDE - Elektro:

- Dachaufangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
- Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10m Unterhalb der Bodenplatte
- Dachaufangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15m



LEGENDE :

- Abbruch
- Neubau / Ergänzungsmaßnahmen
- Neu
- Lage - Geschossdecken
- verbleibende Fenster (Bestand) - Versatz nach vorn
- Neuer Sonnenschutz

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

Stadt Nürnberg
Hochbauamt H/EV
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg

Projektleitung - Hochbauamt
Franziska Diedrich
TEL: 0911 / 231 14087
E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- WESTANSICHT

PLANGRÖSSE : 780 X 420 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

Sonnenschutz - Fenster Bestand
(Kurz SSFB)
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$

Dachflächenfensterbauteil 1 (kurz DFBT-01)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 1,0 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$

Fensterbauteil 3 (kurz FBT-03)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 36 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 34 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
 $RS,w \geq 45 \text{ dB}$

Fensterbauteil 4 (kurz FBT-04)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 35 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 33 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
 $RS,w \geq 45 \text{ dB}$

Fensterbauteil 5 (kurz FBT-05)
Energie:
 $g \leq 0,33$
 $U_w \leq 0,95 \text{ W/m}^2\text{K}$
Sonnenschutz:
Verschattungsfaktor $F_c \leq 0,25$
Schallschutz:
Aus Laborprüfung $R_w \geq 34 \text{ dB}$
Bau-Schalldämm-Maß $\geq R_w 32 \text{ dB}$
Schalldämm-Maß Bauanschlussfuge
 $RS,w \geq 45 \text{ dB}$

LEGENDE - Elektro:

- Dachauffangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
- Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10m Unterhalb der Bodenplatte
- Dachauffangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15m

LEGENDE :

- Abbruch
- Neubau / Ergänzungsmaßnahmen
- Neu
- Lage - Geschossdecken
- Lage - Brandriegel MiWo-WDVS | $h = 20\text{cm}$
- verbleibende Fenster (Bestand) - Versatz nach vorn
- Neuer Sonnenschutz

BAUVORHABEN :
Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :
Stadt Nürnberg

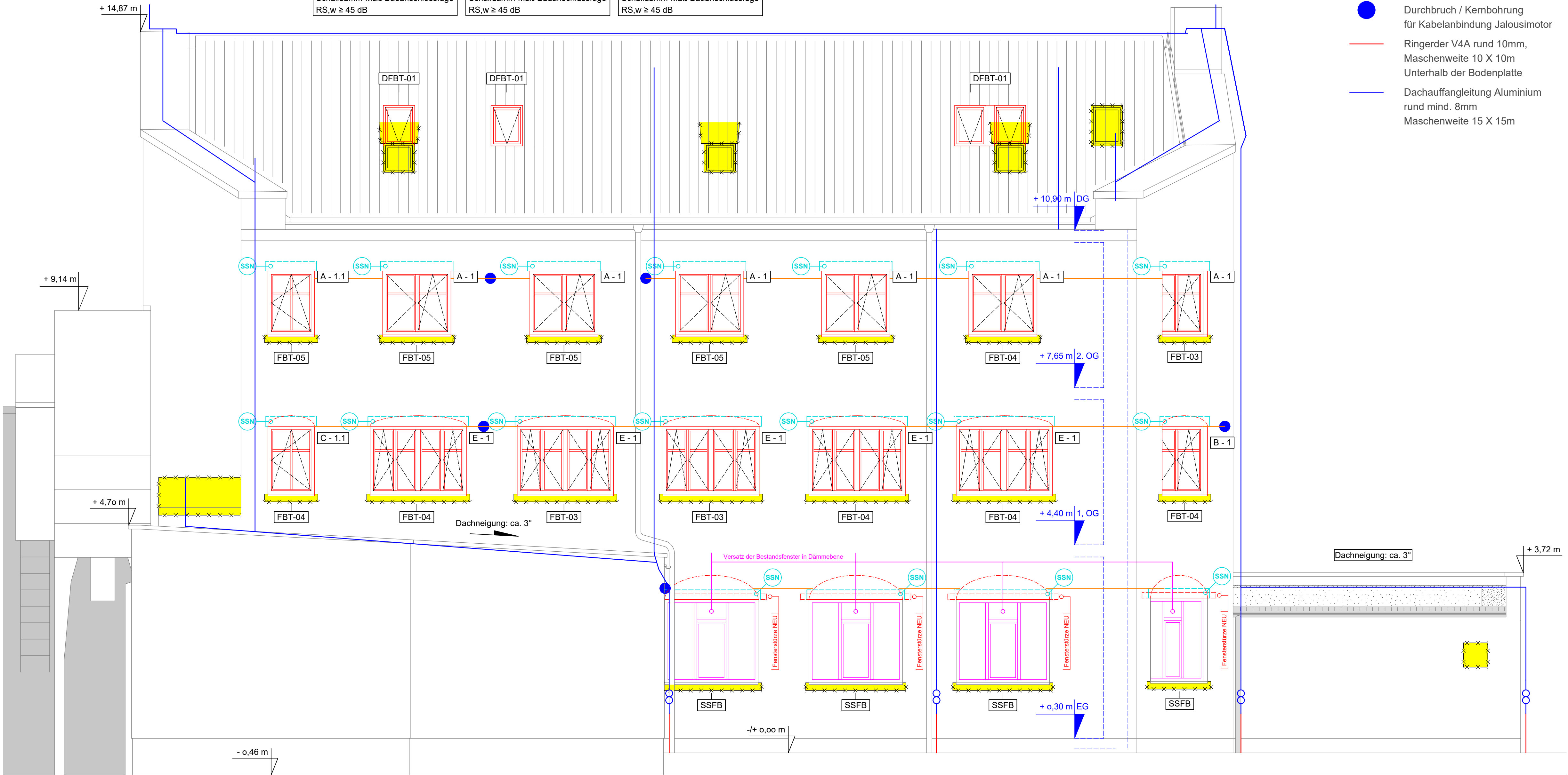
BAUHERRNVERTRETUNG :
Stadt Nürnberg
Hochbauamt H/EV
Marientorgraben 11
90402 Nürnberg
Projektleitung - Hochbauamt
Franziska Diedrich
TEL: 0911 / 231 14087
E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- NORDANSICHT

PLANGRÖSSE : 880 X 420 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026



NORDANSICHT

LEGENDE : Fensterbezeichnungen

Fensterbauteil 2 (kurz FBT-02)
Energie:
g ≤ 0,33
Uw ≤ 0,95 W/m²K

LEGENDE - Elektro:

- Dachauffangleitung - Steigerpunkte
- Trennstelle
- Kabelführung in Installationskanal
- Kabelführung in Leerrohr DN32 zwischen Dämmung und Mauerwerk
- Durchbruch / Kernbohrung für Kabelanbindung Jalousimotor
- Ringerder V4A rund 10mm, Maschenweite 10 X 10m Unterhalb der Bodenplatte
- Dachauffangleitung Aluminium rund mind. 8mm Maschenweite 15 X 15m

LEGENDE :

- Abbruch
- Neubau / Ergänzungsmaßnahmen
- Lage - Brandriegel MiWo-WDVS | h = 20cm
- Kante Fassadendämmung
- Bereich des Sparrenwechsels

BAUVORHABEN :

Energetische Sanierung Fassade / Dach
Max-Planck-Str.1, 90443 Nürnberg

BAUHERR :

Stadt Nürnberg

BAUHERRNVERTRETUNG :

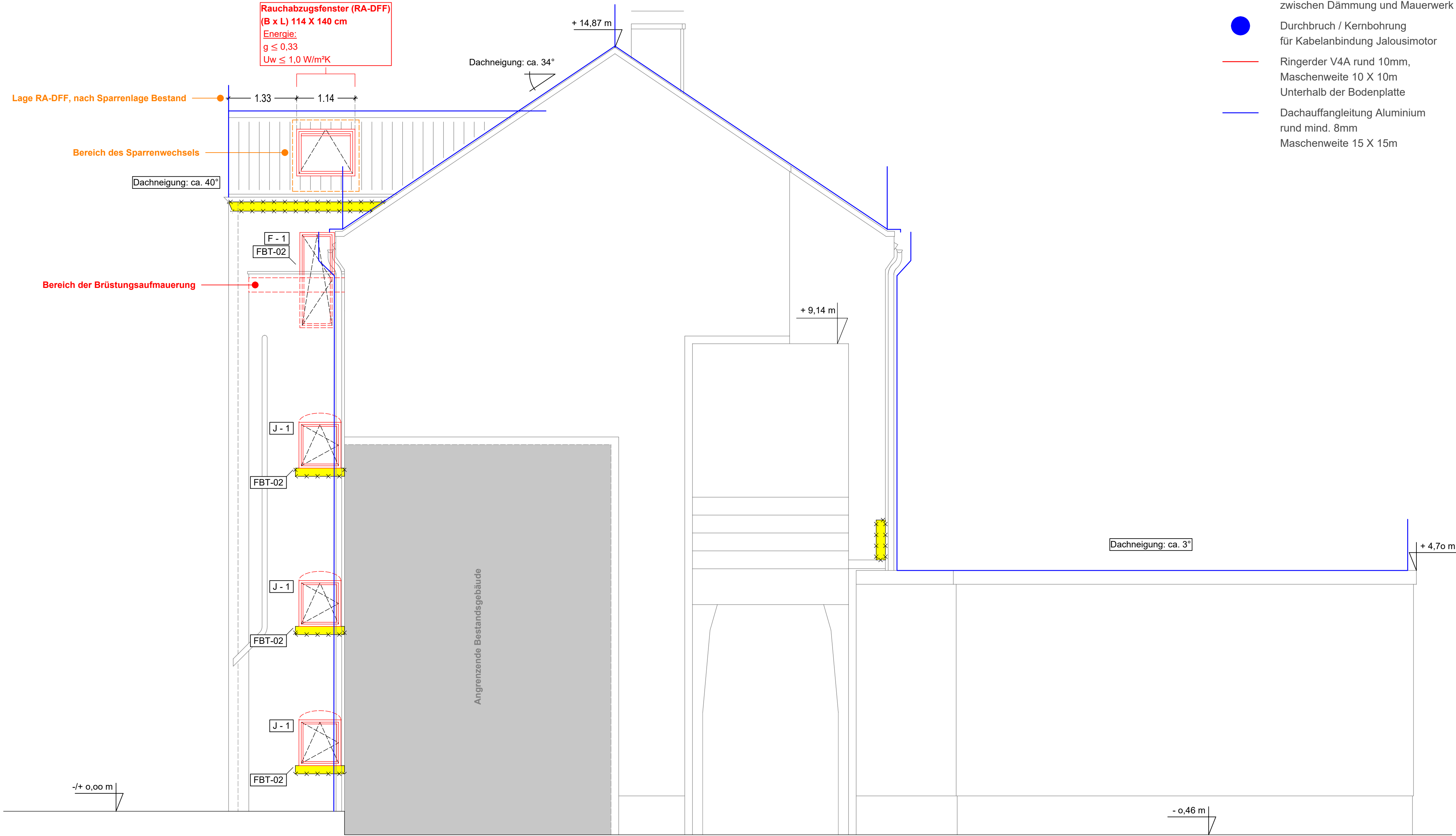
Stadt Nürnberg	Projektleitung - Hochbauamt
Hochbauamt H/EV	Franziska Diedrich
Marientorgraben 11	TEL: 0911 / 231 14087
90402 Nürnberg	E-Mail: franziska.diedrich@stadt.nuernberg.de

PLANINHALT :

- OSTANSICHT

PLANGRÖSSE : 800 X 420 mm
MASSTAB : 1-50

DATUM : 21.05.2026



OSTANSICHT

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026002718	
Baumaßnahme Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		
Leistung Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

[illegible]

©  VHB - Bund - Ausgabe 2017

Bieter	Vergabenummer 2026002718	Datum
Baumaßnahme Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		
Leistung Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h	v.H.	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslöhne Bei Angebotssummen unter 5 Mio €: Angabe des Betrages Bei Angebotssummen über 5 Mio €: Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026002718	
Baumaßnahme		
Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		
Leistung		
Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_Gerüstarbeiten		

Aufgliederung der Einheitspreise

OZ des LV ¹	Kurzbezeichnung d. Teilleistung ¹	Menge ¹	Men- gen- einheit ¹	Zeitan- satz ²	Teilkosten einschl. Zuschläge in € (ohne Umsatzsteuer) je Mengeneinheit ²				
					Löhne ^{2,3}	Stoffe ²	Geräte ^{2,4}	Sonstiges ²	Angebotener Einheitspreis (Sp. 6+7+8+9)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

¹ Wird vom Auftraggeber vorgegeben.

² Ist bei allen Teilleistungen anzugeben, unabhängig davon ob sie der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer erbringen wird.

³ Sofern der zugrunde gelegte Verrechnungslohn nicht mit den Angaben in den Formblättern 221 oder 222 übereinstimmt, hat der Bieter dies offenzulegen.

⁴ Für Gerätekosten einschl. der Betriebsstoffkosten, soweit diese den Einzelkosten der angegebenen Ordnungszahlen zugerechnet worden sind.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

28.05.2026

Verfahren: 2026002718 - Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_ Gerüstarbeiten

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	14 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

01	Gerüstarbeiten	EUR
	Hinweis Bauvorhaben: Max-Planck-Straße 1, 90443 Nürnberg Baufaufgabe: Energetische Sanierung - Gebäudehülle Allgemein: Das Gebäude wurde vor ca. 100 Jahren errichtet, dieses soll energetisch saniert werden. Es wird von der Stadt Nürnberg als Verwaltungsgebäude genutzt. Das zu sanierende Gebäude ist ein mehrgeschossiges Bestandsgebäude in Massivbauweise. Die tragende Konstruktion besteht aus Mauerwerk. Das Gebäude umfasst: - Kellergeschoss - Erdgeschoss - 1. Obergeschoss - 2. Obergeschoss - Dachgeschoss Baukonstruktion: Das Mauerwerk besteht zu großen Teilen aus kleinformatigen Vollziegeln (Reichsformat), die mit der zur damaligen	

Zeit
üblichen Dickbettfuge, mit einem Kalk gebundenen Mörtel

vermauert wurden. Hierauf ist ein Kalk - Zement
gebundener
Grundputz, als Endbeschichtung dient ein mineralischer

Edelputz. Bei der visuellen Prüfung wurde festgestellt,
dass
der vorhandene Fassadenputz, zu ca. 80-90 % fest und
tragfähig ist, und zur Aufnahme eines WDV-Systems
geeignet ist. Die Fenster sind durch Putzfaschen
hervorge-
hoben, diese sollen auch bei der Neugestaltung der
Fassade
wieder erstellt werden.

Dach:
Bei dem Hauptgebäude handelt es sich um ein
Sparrendach (b/d=10/12) mit First- und Mittelpfette.
Eindeckung: Biberschwanz Doppeldeckung, die Dachneigung

beträgt 34°.
Bei dem Steildach handelt es sich um ein Satteldach mit

überhöhten Giebelwänden.

Der erdgeschossige Anbau Nord verfügt über ein Pultdach

welches aus Stahlbetonrippen (System "Zech") mit 3°
Neigung
errichtet wurde.

Der erdgeschossige Anbau im Westen verfügt über ein
sehr
flach geneigtes Pultdach mit Sparren und Holzschalung,

3° Neigung. Unterseitig sind die Decken mit Gipskarton
verkleidet.

Bauvolumen:

Das Hauptgebäude und Teile der Nebengebäude sind
unterkellert.

Das Hauptgebäude ist zweistöckig + Dach, die
Nebengebäude
eingeschossig. Mit Ausnahme des Nebengebäudes an der
südlichen Grundstücksgrenze, welches eingeschossig +
Dach ist.

Die beheizte Nettoraumfläche beträgt etwa 1.000 m².

Planungsziele:

Die Gebäudehülle soll derart ertüchtigt werden, dass sie zur Klimaneutralität der Stadt Nürnberg bis 2035 beiträgt und die "Leitlinien zum energieeffizienten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauen und Sanieren bei Hochbaumaßnahmen der Stadt Nürnberg" vom Februar 2022 sowie die Anforderungen des BEG Förderprogramms Effizienzhaus bzw. Einzelmaßnahmen erfüllt.

Lage:

Die Max-Planck-Straße 1 liegt im Stadtteil Steinbühl/Gibitzenhof im südwestlichen Bereich der Stadt Nürnberg im Bereich eines Verkehrsknotenpunkts.

Anfahrt PKW:

Die Max-Planck-Straße ist über die Hauptverkehrsachsen Nürnbergs (z. B. über die Gibitzenhofer oder Landgrabenstraße) direkt erreichbar. Die Zufahrt zum Bauort erfolgt entweder direkt von der Max-Planck-Straße oder von der Volkmannstraße. Die Straße ist als Wohn- und Anliegerstraße ausgewiesen. Parkmöglichkeiten befinden sich auf dem Baustellengelände.

Bauaufgabe/Sanierungsarbeiten:

Aufgabe ist die Energetische Sanierung der Gebäudehülle. Die Sanierungsmaßnahme beinhaltet Gerüstarbeiten, Fassadendämm- & Putzarbeiten, Austausch der Fenster, Dämmung und Neueindeckung des Daches, Rohbau- & Innendämmung und Schlosserarbeiten.

Allgemein:

Die umfangreichen Sanierungsarbeiten finden in einem Wohngebiet statt. Weiter werden alle Arbeiten zu jedem Zeitpunkt während des weiterlaufenden Betriebs des Amtsgebäudes stattfinden. Daher ist die Beeinträchtigung durch Lärm und Schmutz auf ein Minimum zu reduzieren, soweit möglich. Die Baustelle ist täglich grob zu reinigen und die Abfälle abzufahren oder in geeignete Behälter zu deponieren. Die Einhaltung der Baustellenverordnung als auch die Regeln der Berufsgenossenschaft sowie

die Unfallverhütungsvorschriften ist zu gewährleisten.
Die Gewerke spezifische Baustelleneinrichtung ist in die jeweiligen Positionen mit einzukalkulieren. Die Lagerung von Baustoffen hat in Absprachen mit der Bauleitung zu erfolgen.
Der Auftragnehmer erhält mit Auftragsvergabe den SiGePlan und die Baustellenordnung, welche einzuhalten sind.
Baustrom und Bauwasser wird zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der besonderen örtlichen Gegebenheit, insbesondere betreffend der Zuwegung/Anfahrt, und zur Einschätzung der baulichen Maßnahmen wird eine Ortsbesichtigung vor Beginn dringend empfohlen.
Nachträgliche Forderungen aufgrund der Unkenntnis über die Gegebenheiten/Anforderungen der Örtlichkeiten werden ausgeschlossen.

Baustellenbesetzung / Mitarbeiter:

Als Bauleiter vor Ort soll für die gesamte Bauzeit ein Ansprechpartner eingesetzt werden. Jeder Personalwechsel in den Funktionen des Bauleiters bzw. des Baustellenleiters ist schriftlich anzuzeigen und schlüssig zu begründen.
Auch Mitarbeiterwechsel sind nur in Ausnahmefällen erlaubt. Einem Mitarbeiterwechsel muss von Seiten des Auftraggebers zugestimmt werden.
Die Baustelle ist personell so zu besetzen, dass die Arbeiten durchgehend ausgeführt und im angegebenen Zeitraum fertig gestellt werden können.

Der vom AN eingesetzte Baustellenleiter ist Ansprechpartner der Fachbauleitung und verantwortlich für die Einhaltung der UVV im Fachbereich des AN.

Es wird erwartet, dass der vom AN eingesetzte Baustellenleiter schriftlich autorisiert wird, in seinem Namen Verhandlungen auf der Baustelle zu führen. Aussagen und Festlegungen die mit dem eingesetzten Baustellenleiter getroffen werden sind für den AN bindend. Der AN kann sich im nachhinein nicht "auf Handeln ohne Auftrag" berufen.

Die Baustellenleitung muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Mängel, die durch Kommunikations- und Sprachprobleme auftreten, gehen zu Lasten des AN.

Baustelleneinrichtung:

Vor Ort wird eine Fläche zur Anlieferung freigehalten.
Die Baustelleneinrichtung ist mit einem Bauzaun zu umschließen. Diese muss zu jedem Zeitpunkt gesichert und abgeschlossen sein und darf nur zum Be- und Entladen genutzt werden.
Die vorgehaltene Fläche ist sehr begrenzt, die Lagerung von Baustoffen ist nur mit einer genehmigten Sondernutzung möglich.
Für eventuell benötigte Sondergenehmigungen hat der Auftragnehmer selbst Sorge zu tragen.
Eine Gefährdungsbeurteilung für die auszuführenden Arbeiten ist vom Auftragnehmer zu erstellen.

Werden durch die Baustelleneinrichtung Rechte Dritter - insbesondere von Nachbarn - für die Dauer der Bauarbeiten oder vorübergehend und kurzfristig beeinträchtigt, ist der Bauherr oder die Bauleitung unverzüglich zu informieren. Das gilt auch im Zweifel über das Vorliegen von Rechten oder bei zu vermutenden Beeinträchtigungen bzw. bei Beschädigung vorhandener Bauwerke oder Bauteile.

Der Besucherverkehr darf durch Materialtransporte nicht behindert werden.

Unterbringung des Personals / Verwahrung Werkzeug:

Für die Unterbringung des Personals und die Verwahrung aller benötigten Werkzeuge sowie größeres Gerät, sofern nötig, hat der Auftragnehmer selbst Sorge zu tragen.
Sondernutzungsgenehmigungen sind Leistung des Arbeitnehmers und werden nicht gesondert vergütet.
Die Gewerke spezifische Lagerung von Baustoffen sowie Baustelleneinrichtung hat in Absprachen mit der Bauleitung zu erfolgen. Baustrom und Bauwasser wird zur Verfügung gestellt.

Zufahrtswege und daran angrenzende Verkehrsflächen dürfen nicht zugeparkt oder verunreinigt werden.
Erfolgte Verschmutzungen sind sofort zu beseitigen, falls erforderlich auch mehrmals täglich.
Beschädigungen sind den zuständigen Behörden und der Bauleitung unverzüglich zu melden, die Wiederherstellungskosten trägt der Verursacher der Beschädigungen.

Es wird ausdrücklich empfohlen, die örtlichen Gegebenheiten vor Ort zu besichtigen. Im Einzelnen hat sich der Bieter vor Abgabe des Angebotes über die Lage, Verkehrsverhältnisse und örtlichen Gegebenheiten des Objektes selbst zu informieren.

Bauablauf:

Es werden teilweise mehrere Gewerke gleichzeitig vor Ort arbeiten.
Alle Arbeiten müssen mit dem Architekten und Fachplaner vor Ort abgesprochen werden.

HINWEIS:

Die Arbeiten müssen 2026 abgeschlossen u. abgerechnet werden.

Hinweis

Baustelleneinrichtung, siehe Lageplan:

Der Bereich der kleinen Baustelleneinrichtung ist mit einem Bauzaun zu umstellen. Dieser muss immer gesichert und abgeschlossen sein und darf nur zum Be- und Endladen genutzt werden.

Zu den Gerüstarbeiten:

Eingänge, Hauseingänge und Einfahrten sind im vollen Öffnungsquerschnitt von Bauteilen der Gerüstanlage freizuhalten. Dies ist mit einzukalkulieren.

Bohlen und Abdeckungen sind gegen Verschieben zu sichern.

Sofern im Leistungsverzeichnis nicht näher beschrieben, erfolgt die Gerüstverankerung nach den allgemeinen technischen Regeln. Im Zuge der Leistungserfüllung ist es Aufgabe des Auftragnehmers, sich fachkundig mit dem Auftraggeber oder dessen Vertreter über die Gerüstverankerung an der Fassade oder sonstigen Bauteilen abzusprechen.

Beim Abrüsten an der Fassade entstehende Beschädigungen sind dem Ausführenden Planer zu melden.
Diese werden auf Kosten des Gerüstbauers ausgebessert.
Werden die Schäden, sofern sie gering sind, selbst

beseitigt, kann der
Auftragnehmer Farbnummern & Putzart über die Bauleitung
anfordern.
Aussparungen und Ankerlöcher für die Gerüstverankerung
sind im Zuge des
Abbaus vom Gerüstbauer mit passenden Dämmstoffdübeln zu
schließen.

Das Gerüst verbleibt während der Zimmerer-, Dachdecker-
und
Klempnerarbeiten als Absturzsicherung und Schutzgerüst.
Es wird für den
Austausch der Fenster genutzt und muss für die Dämm-
und Verputzarbeiten
an der Fassade dienen.

Bauzeitenplan:

Das Gerüst soll ab dem 20.07 aufgestellt werden. Als
Ende der Standzeit wird
Ende Dezember 2026 anvisiert.

Allgemeines:

Grundlage für die auszuführenden Arbeiten bilden die
technischen
Bauunterlagen, die Bedingungen der VOB, Teil B und C
und die
Vorschriften der DIN 18451.

Sämtliche Arbeiten verstehen sich einschl. Lieferung
aller
erforderlichen Materialien, Maschinen und der
erforderlichen
Nebenleistungen, sofern nicht im Leistungsverzeichnis
anders vermerkt.
Alle Leistungen enthalten die Anlieferung und den
Transport zum
Einbauort.

Alle verwendeten Baustoffe müssen den für sie geltenden
DIN-Normen und
Zulassungsbedingungen entsprechen.

Werden durch die Baustelleneinrichtung Rechte Dritter -
insbesondere von
Nachbarn - für die Dauer der Bauarbeiten oder
vorübergehend und
kurzfristig beeinträchtigt, ist der Bauherr oder die
Bauleitung

unverzüglich zu informieren. Das gilt auch im Zweifel über das Vorliegen von Rechten oder bei zu vermutenden Beeinträchtigungen bzw. bei Beschädigung vorhandener Bauwerke oder Bauteile.

Der Besucherverkehr im Gebäude darf durch Materialtransporte nicht behindert werden.

Der Materialtransport zur Baustelle und auf der Baustelle gehört zur Grundleistung des AN und ist somit in die Einheitspreise einzukalkulieren, inkl. Zuschläge und Nebenkosten, Abtransport und Entsorgungskosten. Die Lagerung von Baumaterialien ist nicht möglich. Freiwerdendes Material ist unverzüglich aufzuräumen und abzufahren.

Mitarbeiter / Baustellenbesetzung:

Als Bauleiter vor Ort soll für die gesamte Bauzeit ein Ansprechpartner eingesetzt werden. Jeder Personenwechsel in den Funktionen des Bauleiters bzw. des Baustellenleiters ist schriftlich anzuzeigen und schlüssig zu begründen. Auch Mitarbeiterwechsel sind nur in Ausnahmefällen erlaubt. Einem Mitarbeiterwechsel muss von Seiten des Auftraggebers zugestimmt werden. Die Baustelle ist personell so zu besetzen, dass die Arbeiten durchgehend ausgeführt und im angegebenen Zeitraum fertig gestellt werden können. Der vom AN eingesetzte Baustellenleiter ist Ansprechpartner der Fachbauleitung und verantwortlich für die Einhaltung der UVV im Fachbereich des AN. Es wird erwartet, dass der vom AN eingesetzte Baustellenleiter schriftlich autorisiert wird, in seinem Namen Verhandlungen auf der Baustelle zu führen. Aussagen und Festlegungen die mit dem eingesetzten Baustellenleiter getroffen werden sind für den AN bindend. Der AN kann

sich im nachhinein nicht "auf Handeln ohne Auftrag" berufen. Die Baustellenleitung muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Mängel, die durch Kommunikations- und Sprachprobleme auftreten, gehen zu Lasten des AN.

Bautagebuch:

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber wöchentlich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:
Wetter, Temperaturen,
Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
Anlieferung von Hauptbaustoffen und Bauteilen nach Zeit, Menge und Lieferanten,
Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt
(Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
Behinderung und Unterbrechung der Ausführung, Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
Gründe von Abweichungen oder für die Änderung von bisher vorgesehenen Leistungen oder Zusätze dazu
Etwaige Aufmaßvorgänge
Anwesenheiten oder Abwesenheiten von Aufsichtspersonal (einschließlich Architekten und Ingenieure)
sowie deren Weisungen

Gerichtsstand:
Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag
ist- soweit gesetzlich zulässig - Nürnberg.

Baustelleneinrichtung:
Die Baustelleneinrichtung hat in Absprache mit der

Bauleitung zu
erfolgen.

Technische Vorbemerkungen für Gerüstarbeiten gemäß ATV
DIN 18451.

Gewerk: Gerüstbauarbeiten

Grundlage: ATV DIN 18451

Die nachfolgenden technischen Vorbemerkungen gelten für
sämtliche im

Leistungsverzeichnis beschriebenen Gerüstbauarbeiten.

Grundlage der Ausführung sind die Bestimmungen der

VOB/C ATV

Gerüstarbeiten DIN 18451 in der zum Zeitpunkt der

Ausschreibung gültigen

Fassung.

Weiterhin gelten insbesondere folgende Regelwerke:

DIN EN 12810 Fassadengerüste aus vorgefertigten

Bauteilen

DIN EN 12811 Temporäre Konstruktionen für Bauwerke

DIN 4420 Arbeits- und Schutzgerüste

Technische Regeln für Betriebssicherheit (TRBS)

DGUV Vorschriften und Regeln der Berufsgenossenschaften

Baustellenverordnung (BaustellV)

Alle Gerüste sind nach den anerkannten Regeln der

Technik zu errichten,

zu unterhalten und zurückzubauen.

1. Allgemeine Anforderungen

Der Auftragnehmer hat sämtliche für die ordnungsgemäße

Durchführung der

Gerüstarbeiten erforderlichen Leistungen zu erbringen,

auch wenn diese

im Leistungsverzeichnis nicht gesondert aufgeführt

sind.

Hierzu gehören insbesondere:

Lieferung sämtlicher Gerüstbauteile

Transport zur Baustelle

Montage und Demontage

Vorhaltung während der Bauzeit

erforderliche Anpassungen an Bauzustände

Sicherungsmaßnahmen

Wartung und Kontrolle der Gerüste

Die Gerüste müssen standsicher, verkehrssicher und für

die vorgesehenen

Arbeiten geeignet sein.

2. Art der Gerüste

Es sind Arbeits- und Schutzgerüste für Fassadenarbeiten

zu errichten.

Die Gerüste müssen geeignet sein für folgende Gewerke:

Fassadendämmarbeiten (WDVS)
Putzarbeiten
Fensterarbeiten
Dacharbeiten
Metallbauarbeiten
Die Ausführung erfolgt als Systemfassadengerüst.

3. Gerüstklasse und Lastklasse
Sofern in den Positionen nichts anderes angegeben ist,
gelten folgende
Anforderungen:
Lastklasse mindestens 3 gemäß DIN EN 12811
Breitenklasse W06 oder größer
Die Gerüste müssen für Materiallagerung und
Verarbeitung der
vorgesehenen Fassadenarbeiten ausreichend dimensioniert
sein.

4. Standsicherheit
Der Auftragnehmer ist für die statische Sicherheit der
Gerüste
verantwortlich.
Erforderlichenfalls sind statische Nachweise zu
erstellen.
Die Standsicherheit ist insbesondere sicherzustellen
durch:
geeignete Auflager und Lastverteilung
fachgerechte Verankerung am Bauwerk
ausreichende Aussteifung
Sicherung gegen Verschieben und Umkippen
Verankerungen sind nach statischen Erfordernissen
anzuordnen.
Beschädigungen am Bauwerk sind zu vermeiden.

5. Verankerung am Bauwerk
Die Verankerung der Gerüste erfolgt am Bauwerk
entsprechend statischer
Erfordernisse.
Die Lage der Verankerungspunkte ist mit der Bauleitung
abzustimmen.
Der Auftragnehmer hat geeignete Befestigungsmittel zu
verwenden.
Beim Rückbau sind die Verankerungspunkte fachgerecht zu
verschließen.

6. Beläge und Zugänge
Alle Gerüstlagen sind mit geeigneten, rutschhemmenden
Belägen
auszuführen.
Die Gerüste müssen über sichere Zugänge verfügen.
Zugänge können ausgeführt werden als:

Leitergänge
Treppenturm
integrierte Systemtreppen
Die Zugänge müssen den Anforderungen der Arbeitssicherheit entsprechen.

7. Seitenschutz und Absturzsicherung
Alle Gerüstlagen sind gemäß den geltenden Vorschriften mit Seitenschutz auszustatten.
Der Seitenschutz besteht mindestens aus:
- Geländerholm
- Zwischenholm
- Bordbrett
Die Absturzsicherung muss den Anforderungen der DGUV sowie der DIN EN 12811 entsprechen.

8. Schutzmaßnahmen
Zum Schutz von Personen und Gebäudeteilen sind erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen vorzusehen.
Hierzu gehören insbesondere:
- Schutzdächer
- Fanglagen
- Staubschutznetze
- Schutzplanen
Die Notwendigkeit ergibt sich aus den örtlichen Gegebenheiten und den auszuführenden Arbeiten.

9. Anpassungen während der Bauzeit
Der Auftragnehmer hat die Gerüste während der Bauzeit an den Baufortschritt anzupassen.
Hierzu gehören:
- Umbauten
- Ergänzungen
- Teilrückbau
- Versetzen von Gerüstteilen
Diese Leistungen sind in die Einheitspreise einzukalkulieren, sofern nicht gesondert ausgeschrieben.

10. Prüfung und Abnahme
Die Gerüste sind vor der ersten Benutzung durch eine befähigte Person des Auftragnehmers zu prüfen.
Die Prüfung ist zu dokumentieren.
Nach wesentlichen Änderungen ist eine erneute Prüfung erforderlich.
Die Gerüste dürfen erst nach Freigabe benutzt werden.

11. Nutzung durch andere Gewerke
Die Gerüste werden von mehreren Gewerken genutzt.
Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Gerüste für die vorgesehenen Arbeiten geeignet sind.
Eine Überlastung der Gerüste ist zu vermeiden.

12. Vorhaltung
Die Vorhaltung der Gerüste erfolgt entsprechend der im Leistungsverzeichnis angegebenen Vorhaltezeit.
Verlängerungen der Vorhaltezeit werden gesondert vergütet, sofern sie nicht vom Auftragnehmer zu vertreten sind.

13. Rückbau
Nach Abschluss der Bauarbeiten sind sämtliche Gerüste vollständig zurückzubauen und von der Baustelle zu entfernen.
Beschädigungen an Bauwerk oder Außenanlagen sind zu vermeiden.
Entstandene Schäden sind auf Kosten des Auftragnehmers zu beseitigen.

01.0 Gerüstarbeiten, Netze - Hauptgebäude					EUR	
01.0.0001	Arb.gerüst, LK 3, W06, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.250,00	m² pro 1,00 m²
Fassadengerüst als Arbeits- und Schutzgerüst Aufstellen eines längenorientierten Standgerüsts als Fassadengerüst nach DIN EN 12811-1 "Arbeitsgerüste" / DIN 18451.						
Lastklasse: 3 (2,00 kN/m²) Breitenklasse: W06 Höhenklasse: H1 Geometrie: Länge ca. 75,00 m (Hausumlaufend), Höhen zwischen 4,00 - 18,00 m. Standflächen sind Waagrecht, es gibt 2 erdgeschossige Anbauten und an einer Seite schließt direkt die Nachbarbebauung an. Die genaue Größe entnehmen Sie den beigefügten Plänen. Zugang: mit Treppenturm Besonderheit WDVS: Exkl. systemgebundener, innenliegender Konsolverbreiterung (0,3m) um den Arbeitsspalt zur Wand während der verschiedenen Dämmphasen (Kleben, Armieren, Putzen) auf < 30 cm zu halten. Diese Arbeiten (Konsolen) werden gesondert						

vergütet.
 Konstruktionsart: Gerüstkonstruktion mit Belägen, die Um- bzw. Ausbau jederzeit ohne technischen Mehraufwand ermöglichen, inklusive Bordbrettern, alle Gerüstlagen.
 Verankerung: Befestigung im tragenden Mauerwerk.
 Verwendung von speziellen WDVS-Dauerankern (Dämmstärke 20 cm, MW). Der fachgerechte Verschluss der Ankerlöcher mit Systemstopfen nach Gerüstabbau ist einzukalkulieren.
 Untergrund Standfläche:
 Asphaltfläche.
 Flachdächer Überspannen: Die Flachdächer müssen mittels Gitterträger überspannt werden, da auf ihnen Arbeiten statt finden und das Gerüst nicht darauf abgestellt werden darf. (Gesonderte Position)
 Fassade:
 Die Bestandsfassade besteht aus verputzdem Mauerwerk, nach Fertigstellung der Arbeiten ist sie mit einem WDVS gedämmt.

Dem LV ist ein Lageplan, Ansichten, Grundriss und Schnitt beigelegt.

01.0.0002	Arb.gerüst, Gebrauchsüberl.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	43.750,00	m²/W pro 1,00 m²/W
	Gebrauchsüberlassung für längenorientiertes Standgerüst = Vorposition, Fassadengerüst DIN EN 12810-1, als Arbeitsgerüst DIN EN 12811-1,					

01.0.0003	Arbeitsgerüst nach DIN EN 12811-1, Abbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.250,00	m² pro 1,00 m²
	Arbeitsgerüst nach DIN EN 12811-1 abbauen. Längenorientiertes Standgerüst aus vorgefertigten Bauteilen, als Fassadengerüst nach DIN EN 12810, mit					

durchlaufenden Gerüstlagen und Verankerung am Gebäude.

01.0.0004	Mehraufwand Ecken nicht 90 Grad	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	14,00	Stk pro 1,00 Stk
	<p>An zwei Außenkanten knickt das Haus um weniger als 90Grad ab. Hier muss mit einer doppelten Ständerstellung für das Gerüst gearbeitet werden. Die freien Dreiecke sind mit Holzbohlen in der Gerüstlage zu überbrücken. Eine Absturzsicherung ist zu erstellen. Breite ca. 70 cm. Abgerechnet wird pro Gerüstlage. Herstellen und Rückbauen. Standzeit wird über das Arbeitgerüst abgerechnet.</p>					
01.0.0005	Liefern und anbringen Schutznetz	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	600,00	m² pro 1,00 m²
	<p>Liefern und Befestigen von Gerüstbekleidung, als Witterungs-, Wind- und Sonnenschutz, für Fassadenarbeiten, Dämm-, Putz- & Malerarbeiten. Mit Netzbekleidung Neuware. Farbton weiß</p>					
01.0.0006	Entfernen Gerüst-Netzbekleidung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	600,00	m² pro 1,00 m²
	<p>Entfernen der Gerüstbekleidung, als Sicht-, Witterungs-, Wind- und Sonnenschutz. Inklusive Entsorgung.</p>					

01.0.0007	Schutzdachkonstruktion, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	m pro 1,00 m
	<p>Aufbau einer Schutzdachkonstruktion / Schutztunnel aus systemgebundenem Gerüstmaterial gem. DIN EN 12811-1 "Arbeitsgerüste" / DIN 18451, inklusive Einhausung mittels Schutzplane. Harter Werkstoff. Lage: Haupt- & Werkstatteingang. Gerüstböden bis zum Bauwerk hin dicht verlegen.</p> <p>Einbauhöhe = bis 4,00 m Breite der Schutzdachfläche mind. 3,00 m, Abrechnung nach Länge = m, Schutzeinrichtung</p>					

01.0.0008	Schutzdachkonstruktion, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	175,00	m/Wo pro 1,00 m/Wo
	<p>Gebrauchsüberlassung Schutzdachkonstruktion, Vorposition.</p>					

01.0.0009	Schutzdachkonstruktion, Abbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	m pro 1,00 m
	<p>Abbau der Schutzdachkonstruktion / Schutztunnel aus systemgebundenem Gerüstmaterial gem. DIN EN 12811-1 "Arbeitsgerüste" / DIN 18451, Incl. Einhausung mittels Schutzplane. Lage: Haupt- & Werkstatteingang.</p>					

01.1 Konsolen, Dachfangerüst, Zubehör-					EUR	
01.1.0001	Gerüstverbreiterung 0,3m, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	480,00	m pro 1,00 m
<p>Montage: Verbreiterung des Arbeitsgerüsts, mit Systemteilen/Konsolen, einschl. des notwendigen Belages, Seitenschutz, notwendigen Absteifungen, Zugänge und Sicherungen sowie Verstärkung der Anker.</p> <p>Lastklasse: 3 (2,00 kN/m²) Breitenklasse: W06 Höhenklasse: H1</p> <p>Verbreiterung: 0,3m Einbau: nach innen An Gerüstlagen, systemgebundene, innenliegende Konsolenverbreiterung.</p> <p>Abrechnung erfolgt nach dem Einbau lfm an der Fassade.</p>						
01.1.0002	Gebrauchsüberlassung, Gerüstverbreiterung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	14.400,00	m/Wo pro 1,00 m/Wo
<p>Gebrauchsüberlassung der Gerüstverbreiterung, Verbreiterung nach innen:0,3m Gerüstart I Lastklasse: siehe Positionen zuvor</p>						

01.1.0003	Gerüstverbreiterung 0,3m , Rückbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	480,00	m pro 1,00 m

Der Rückbau der Konsolenverbreiterung erfolgt nach den Dämmarbeiten. Hierfür ist eine extra Anfahrt mit einzukalkulieren.

01.1.0004	Arbeitsgerüst, Erweiterung zu Dachfanggerüst, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	m pro 1,00 m

Vorhandenes Arbeitsgerüst erweitern mit / zum:
Dachfanggerüst "Schutzgerüste" durch Einbau von
Schutzwänden aus Schutznetzen/Geflechtem ausbauen.
Schutznetze über Gesamthöhe (2m) der Gerüstlage
spannen, sowie Ausbau der obersten Gerüstlage mit
Systemteilen. Dachüberstand 40 cm
Dachneigung ca.34 Grad
Traufhöhe ca. 11,1 m
Firsthöhe ca. 14,9 m

Abrechnung erfolgt nach dem Einbau lfm an der Fassade.

01.1.0005	Dachfanggerüst, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.750,00	m/Wo pro 1,00 m/Wo

Gebrauchsüberlassung Dachfanggerüst, siehe
Vorposition.

01.1.0006	Arbeitsgerüst, Dachfanggerüst, Abbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	m pro 1,00 m
Dachfanggerüst rückbauen, verladen und Abtransport.						

01.1.0007	Innenliegender Seitenschutz, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	m pro 1,00 m
Zusätzlichen Seitenschutz nach DIN EN 12811-1 "Arbeitsgerüste" in einbauen Der innenliegende Seitenschutz ist erforderlich, wenn zum Einbau der Fassadenelemente der Abstand zum Gebäude größer als 30 cm ist. Bei einem Abstand zwischen Belag und Bauwerk von mehr als 0,30 m). Einbau: wandseitig Ausführung: Geländer, Zwischenholm und Bordbrett						

01.1.0008	Innenliegender Seitenschutz, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.750,00	m/Wo pro 1,00 m/Wo
Gebrauchsüberlassung Innenliegender Seitenschutz,						

siehe Vorposition

<hr/>						
01.1.0009	Innenliegender Seitenschutz, Abbbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	m pro 1,00 m
	Abau des innenliegende Seitenschutzes, verladen und Abtransport.					
<hr/>						
01.2	Treppe, Gitterträger, Aufzug -	EUR				
01.2.0001	Treppenturm / Gerüsttreppe erstellen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch
	Treppenturm für Gerüst erstellen, Anbau und Verankerung am Gerüst, mit Zwischenpodesten im vertikalen Raster von 2,00 m, einschl. Innen- und Außengeländern. Lastklasse: 3 (2,00 kN/m²) Breitenklasse: W06 Höhenklasse: H1 Aufbauhöhe: bis 12 m Laufbreite:über 500 bis 750 mm Zweiläufig					

01.2.0002	Treppenturm, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	35,00	Wo pro 1,00 Wo

Gebrauchsüberlassung des Gerüst-Treppenturms.

01.2.0003	Treppenturm / Gerüsttreppe Abbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Rückbau (Demontage)
Demontage des Treppenturmes nach beendeter Nutzung.
Abtransport der Anlage und der Verankerungsmaterialien.

01.2.0004	Gerüstüberbrückung, bis 12 m erstellen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk

Überbrückung im Gerüst über Flachdach mit Gitterträger
und Systembauteilen einschl. Gerüstbelag, allen
Verstreben, zusätzlichen Verankerungen und
Seitenschutz .
Gerüst Lastklasse 3
Spannweite: bis 12,0 m
1x Überbrückung Flachdach Anbau West
ca. 4m über Standfläche
1x Überbrückung Flachdach Anbau Nord
ca. 6m über Standfläche
Abgerechnet wird die freie Länge der Überspannung in
einfacher Länge.

01.2.0005	Überbrückung, bis 12 m, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	70,00	Wo pro 1,00 Wo

Gebrauchsüberlassung der Gerüstüberbrückung.

01.2.0006	Gerüstüberbrückung, bis 12 m, abbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk

Rückbau (Demontage)
Demontage des Gitterträgers nach beendeter Nutzung.
Abtransport der Anlage und der Verankerungsmaterialien.

01.2.0007	Gerüstüberbrückung, bis 8 m	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk

Überbrückung im Gerüst über Flachdach mit Gitterträger
und Systembauteilen einschl. Gerüstbelag, allen
Verstreben, zusätzlichen Verankerungen und
Seitenschutz .
Gerüst Lastklasse 3
Spannweite: bis 8,0 m
1x Überbrückung Flachdach Nachbar im Osten
ca. 8 m über Standfläche. Muss über Eck ausgeführt
werden. Hierfür folgt eine Extraposition:
"Konsole für Halterung Gerüstüberbrückung"
1x Überbrückung Heizturm Nachbar im Osten
ca. 10 m über Standfläche.
Abgerechnet wird die freie Länge der Überspannung in
einfacher Länge.

01.2.0008	Überbrückung bis 8m Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	70,00	Wo pro 1,00 Wo
Gebrauchsüberlassung der Gerüstüberbrückung.						
<hr/>						
01.2.0009	Gerüstüberbrückung bis 8 m Rückbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk
Rückbau (Demontage) Demontage des Gitterträgers nach beendeter Nutzung. Abtransport der Anlage und der Verankerungsmaterialien.						
<hr/>						
01.2.0010	Konsole für Halterung Gerüstüberbrückung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St
An einer Seit stößt das Gerüst an ein benachbartes Gebäude. Hier muss zur Aufnahme an der Stirnseite des Gerüsts eine Schrägkonstruktion zur Lastaufnahme der Gerüstbrücke angebaut werden. Liefern und Rückbauen. Inklusive 4 Wochen Standzeit.						

01.2.0011	Vorhalten Halterung Gerüstbrücke	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	70,00	Woch pro 1,00 Woch
	Gebrauchsüberlassung der Konsole Halterung Gerüstbrücke					

01.2.0012	Fahrbares Arbeitsgerüst für Fassadendämmarbeiten, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk

Ausführung:
Lieferung eines fahrbaren Arbeitsgerüsts nach DIN EN 1004 (Lastklasse 3, bis 200 kg/m²).

Arbeitshöhe: bis max. 5,00 m (Standhöhe ca. 4,00 m).
Gerüstklasse: Lastklasse 3.
Bühnenabmessung/Breite: W 09, Länge min. 4,00., mit 2 Einlegeböden und allem Zubehör.
Sicherheit: Kompletter Seitenschutz (Geländer, Zwischenholm, Bordbretter) auf der obersten Plattform.
Gebremste Lenkrollen mit Höhenausgleich zum Nivellieren bei Bodenunebenheiten.
Standfläche:
Asphalt

01.2.0013	Fahrbares Arbeitsgerüst, Gebrauchsüberlassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Wo pro 1,00 Wo

Fahrbares Arbeitsgerüst, Vorposition, Gebrauchsüberlassung

01.2.0014	Fahrbares Arbeitsgerüst, Abbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk

Fahrbares Arbeitsgerüst, Vorposition, Abbau, Verladen und Abtransport.

01.2.0015	Gerüstaufzug, Aufbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Anlieferung eines Zahnstangenaufzugs (für Personen- und Lastentransport, bis 850 kg Last / 500 kg Personen).
Montage des Fußteils mit 4 Einstellspindeln und Grundmast
Aufbau des Schlittens mit Antrieb (3,0 / 6,1 KW/400 V/50 Hz) und geschwindigkeitsabhängiger Fangvorrichtung.
Montage am Gerüst/vor der Wand gemäß Baustelleneinrichtungsplan, inklusive aller notwendigen Verankerungsmaterialien.
Installation von Haltestellen alle 2 m, inklusive Etageneinrichtungen/Schiebetoren.
Maximale Höhe 12 m
Montage der Endschalteanfahrbügel, Betriebs- und Notendschalter sowie der Automatik-Schmiereinrichtung.
Elektrischer Anschluss (400V / 16 A) und Inbetriebnahme.
Inklusive: Sicherheitsstopp (ca. 2m über Boden) mit akustischem Warnton, Steuerung mit Schlüsselschalter, Montagesteuerung, Handsteuerung (5m), Fangprobensteuerung (10m) und Arbeitssteckdose 230V.
CE-konforme Einweisung des Bedienpersonals
Einweisungen inklusive

01.2.0016	Einweisung des Bedienpersonals Gerüstaufzug	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk

Zusätzlich Anfahrt und Einweisung des
Bedienpersonals für den Gerüstaufzug bei
unterschiedlichen Gewerken.

01.2.0017	Gerüstaufzug, Gebrauchsüberl.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	35,00	Wo pro 1,00 Wo

Gebrauchsüberlassung (Miete & Wartung)
Bereitstellung des Bauaufzugs.
Wartung der Anlage während der Mietdauer.
Bereitstellung der notwendigen Dokumentation (Betriebs-
und Montageanleitung).
Bereitstellung der Hinweis- und Verbotsschilder gemäß
UVV.

01.2.0018	Gerüstaufzug, Rückbau	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Rückbau (Demontage)
Demontage des Zahnstangenauflzugs vom Gerüst nach
beendeter Nutzung.
Abtransport der Anlage und der Verankerungsmaterialien.

01.2.0019	Statische Berechnung, Fassadengerüst	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Statische Berechnung, für vor beschriebenes Fassadengerüst

01.3	Sonstiges	EUR				
01.3.0001	Liefern u. Aufstellen, Raumgerüst - DG	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Wo pro 1,00 Wo

Leistung:

Liefern, Aufstellen u. Entfernen eines Raumgerüsts im Dachgeschoss als Arbeits- u. Schutzgerüst für die statische Ertüchtigung der Firstpfette.

- Arbeitshöhe: max. 3,30m
- Angabe m² benötigtes Raumgerüst: ca.15m²
- Raumgerüst aus systemgeprüften Gerüstbauteilen
- standsichere Aufstellung auf tragfähigem Untergrund, im Sanitärbereich mit gefliestem Boden ggf. mit Lastverteilplatte
- Arbeitsbühnen in erforderlicher Höhe u. Tiefe zur sicheren Ausführungen der Arbeiten
- Ausführung mit Geländern, Zwischenholmen und Bordbrettern gemäß Arbeitsschutzvorschriften
- sichere Zugänge mittels Leitern oder Treppenmodul
- Anpassung des Gerüsts an die Dachgeometrie und den fortlaufenden Baufortschritt
- Vorhalten des Raumgerüsts für die Dauer der erforderlichen Bauleistungen
- Vollständiger Abbau u. Abtransport nach Abschluss der Arbeiten

- einschließlich der erforderlichen Schutzmaßnahmen der angrenzenden Bauteile wie Böden, Wände o.ä.

- Montage: Ausführung mit einer befähigten Person im Sinne der TRBS 1203. Gerüst nach TRBS 1116 u. TRBS 2121 sowie DGUV Information 201-011

(inkl. Nachweis für das montieren von Gerüsten)

HINWEIS:

Arbeitsschutz: Das Raumgerüst ist nach den geltenden Arbeitsschutz- u. Unfallverhütungsvorschriften standsicher herzustellen und während der gesamten Nutzungsdauer laufend zu kontrollieren / überprüfen.

01.3.0002	Zusätzliche Standzeit, Raumgerüst - DG	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Wo pro 1,00 Wo

Leistung:

Zusätzliche Standzeit des Raumgerüsts über die in der Grundposition, Pos. 15.04.0001 - „Liefern u. Aufstellen, Raumgerüst - DG [#TB1-DG#]..... enthaltene Vorhaltezeit hinaus.

Die Standzeit umfasst die Bereitstellung des Gerüsts im aufgestellten Zustand einschließlich erforderlicher Kontrollen u. Instandhaltung während der Vorhaltezeit.

Abrechnung je zusätzlicher Woche.

01.3.0003	Liefern u. Aufstellen, Raumgerüst - Treppenhaus	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Wo pro 1,00 Wo

Leistung:

Liefern, Aufstellen u. Entfernen eines Raumgerüsts im Treppenhaus als Arbeits- u. Schutzgerüst für das Herstellen eines Sparrenwechsels sowie Montage einer Rauchabzugsöffnung.

- Arbeitshöhe: max. 5,00m
- Angabe m² benötigtes Raumgerüst: ca.6m²
- Raumgerüst aus systemgeprüften Gerüstbauteilen
- standsichere Aufstellung auf tragfähigem Untergrund, ggf. mit Lastverteilplatte
- Arbeitsbühnen in erforderlicher Höhe u. Tiefe zur sicheren Ausführungen der Arbeiten
- Ausführung mit Geländern, Zwischenholmen und Bordbrettern gemäß Arbeitsschutzvorschriften
- sichere Zugänge mittels Leitergang oder Treppenmodul
- Anpassung des Gerüsts an die Dachgeometrie und den fortlaufenden Baufortschritt
- Vorhalten des Raumgerüsts für die Dauer der erforderlichen Bauleistungen
- Vollständiger Abbau u. Abtransport nach Abschluss der Arbeiten
- einschließlich der erforderlichen Schutzmaßnahmen der angrenzenden Bauteile wie Böden, Wände o.ä.
- Montage: Ausführung mit einer befähigten Person im Sinne der TRBS 1203. Gerüst nach TRBS 1116 u. TRBS 2121 sowie DGUV Information 201-011

(inkl. Nachweis für das montieren von Gerüsten)

HINWEIS:

Arbeitsschutz: Das Raumgerüst ist nach den geltenden Arbeitsschutz- u. Unfallverhütungsvorschriften standsicher herzustellen und während der gesamten Nutzungsdauer laufend zu kontrollieren / überprüfen.

01.3.0004	Zusätzliche Standzeit, Raumgerüst - Treppenhaus	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Wo pro 1,00 Wo

Leistung:

Zusätzliche Standzeit des Raumgerüsts über die in der Grundposition, Pos. 15.04.0003 - „Liefern u. Aufstellen, Raumgerüst - Treppenhaus [#TB1-Treppenhaus#]..... enthaltene Vorhaltezeit hinaus.

Die Standzeit umfasst die Bereitstellung des Gerüsts im aufgestellten Zustand einschließlich erforderlicher Kontrollen u. Instandhaltung während der Vorhaltezeit.

Abrechnung je zusätzlicher Woche.

01.3.0005	Bauzaun, Stahlrahmen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	30,00	m pro 1,00 m

Bauzaun aus mobilen Stahlrahmenelementen mit Rundstahlfüllstäben, Stützfüßen aus Beton, inkl. sämtlichen Verbindungen und Kupplungen etc..
Der Zaun ist aufzustellen und nach Abschluss aller Bauarbeiten wieder abzubauen.
Zaunhöhe : 2,00 m

01.3.0006	Bauzaun, Stahlrahmen vorhalten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Mona pro 1,00 Mona
	Bauzaun aus mobilen Stahlrahmenelementen mit Rundstahlfüllstäben, Stützfüßen aus Beton, inkl. sämtlicher Verbindungen, Kupplungen etc., vorhalten und unterhalten. Außer den vollen Monaten werden Teilzeiten nach Tagen zu 1/30 des Einheitspreises abgerechnet. Zaunhöhe : 2,00 m					

01.3.0007	Bauzaun-Tor	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stk pro 1,00 Stk
	Zulage zum Bauzaun = Bauzaun-Tor, verschließbar mit Zahlenschloss, zweiflügelig, passend zum Bauzaun liefern und wieder abbauen.					

01.3.0008	Bauzauntore Vorhalten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	8,00	Mona pro 1,00 Mona
	Die 2 Bauzauntore aus mobilen Stahlrahmenelementen mit Rundstahlfüllstäben, Stützfüßen aus Beton, inkl. sämtlicher Verbindungen, Kupplungen etc., vorhalten und unterhalten. Außer den vollen Monaten werden Teilzeiten nach Tagen zu 1/30 des Einheitspreises abgerechnet. Zaunhöhe : 2,00 m					

01.3.0009	WC-Container	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk
<p>Wasch- und Toilettencontainer aufstellen (Standort siehe Baustelleneinrichtungsplan), 4 Wochen vorhalten und abtransportieren. Das Installieren der Medien ist mit einzukalkulieren. Wasser und Strom wird im Nebengebäude zur Verfügung gestellt (Zuleitung jeweils ca. 10 m). Das Abwasser kann an einen Abwasserschacht neben dem Standort des Containers angeschlossen werden, hierfür sind ca. 10 m Abflussrohr einzukalkulieren. Reinigung und Vorhaltung über 4 Wochen hinaus werden gesondert vergütet. Ausstattung gemäß Arbeitsstättenverordnung. Die Reinigung hat 5 mal in der Woche zu erfolgen, . Ausführung - PVC-Bodenbelag - zwei isolierverglaste Fenster Verschließbare Türe mit mindestens 5 Schlüsseln Ausstattung - 2 WC-Kabinen mit Tiefspülklosetts - 1 Urinalrinne / 2-3 Urinale - 2 Waschbecken - Elektro-Warmwasserbereiter - Elektro-Wandheizer - Maße, ca.: B/T/H = 4,0/2,5/3,0m</p>						

01.3.0010	Sanitärcontainer, WC-Anlagen, Unterhalt/ Vorhalten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	7,00	Mona pro 1,00 Mona
<p>WC-Anlagen als Container für die Nutzung der am Bau beteiligten Firmen vorhalten und unterhalten. Die Kosten für Wartung und wöchentliche Reinigung sind im Preis enthalten. Die Reinigung hat 5 mal in der Woche zu erfolgen. Außer den vollen Monaten werden Teilzeiten nach Tagen zu 1/30 des Einheitspreises abgerechnet.</p>						

01.3.0011	Pausenraumcontainer	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk
	Pausencontainer aufstellen auf WC-Container aus Vorposition, 4 Wochen vorhalten und abtransportieren. Das Installieren der Medien ist mit einzukalkulieren. Strom wird im Nebengebäude zur Verfügung gestellt (Zuleitung ca. 10 m). Die Reinigung hat 2 mal in der Woche zu erfolgen, . Ausführung - PVC-Bodenbelag - zwei isolierverglaste Fenster Verschließbare Türe mit mindestens 5 Schlüsseln Ausstattung - 2 Tische - 4 Bänke - Elektro-Wandheizer - Maße, ca.: B/T/H = 4,0/2,5/3,0m					
01.3.0012	Pausenraumcontainer vorhalten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	7,00	Mona pro 1,00 Mona
	Pausenraumcontainer für die Nutzung der am Bau beteiligten Firmen vorhalten und unterhalten. Die Kosten für Wartung und wöchentliche Reinigung sind im Preis enthalten. Die Reinigung hat 2 mal in der Woche zu erfolgen. Außer den vollen Monaten werden Teilzeiten nach Tagen zu 1/30 des Einheitspreises abgerechnet.					
01.3.0013	Treppe für Pausencontainer	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch
	Treppe für Pausencontainer aufstellen , 4 Wochen vorhalten und abtransportieren.					

01.3.0014	Treppe vorhalten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	7,00	Mona pro 1,00 Mona

Die Treppe zum Pausenraumcontainer für die Nutzung der am Bau beteiligten Firmen vorhalten und unterhalten.
Außer den vollen Monaten werden Teilzeiten nach Tagen zu 1/30 des Einheitspreises abgerechnet.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 2026002718 - Max-Planck-Str. 1: 2023_Fassadensanierung_ Gerüstarbeiten

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Präqualifizierung

Ich bin/Wir sind im Präqualifikationsverzeichnis registriert. Bitte tragen Sie Ihre PQ-Nummer ein. Weitere Angaben zur Eignung sind neben der Eintragung der PQ-Nummer nicht notwendig.

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

2 Angaben zum Umsatz des Unternehmens [Mussangabe]

Bitte tragen Sie den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen ein.

Es sind 3 Werte einzutragen. (Im Falle der Präqualifizierung bitte "PQ" eintragen.)

3 Referenzen [Mussangabe]

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten bis zu 3 Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für 3 Referenzen je eine Referenzbescheinigung mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Entsprechende Referenzen sind vorhanden und eine Referenzbescheinigung wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)

☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Eintragung in das Berufsregister [Mussangabe]

Bitte geben Sie an unter welcher Nummer (incl. HRA/HRB) und bei welchem Amtsgericht Sie im Berufsregister eingetragen sind, sofern eine Eintragung für Sie gesetzlich vorgesehen ist.

(Im Falle der Präqualifizierung bitte nur "PQ" eintragen.)

5 Angaben zu Arbeitskräften [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leistungspersonal angeben.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Nachweis wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)

☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

6 Berufsgruppe [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Handwerk (0)

☐ Industrie (0)

☐ Handel (0)

☐ Versorgungsunternehmen (0)

☐ Sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

7 Vorlage von Unterlagen [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

- Gewerbeanmeldung

- Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)

- Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

8 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Ja (0)
☐ ☐ Ein Insolvenzverfahren oder Liquidation besteht/ ist beantragt. (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Angabe zu Ausschlussgründen [Mussangabe]

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich/Wir erkläre(n) insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs.1 WRegG beim Bundeskartellamt durchführen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

10 Angabe zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse - soweit mein/unser Betrieb dort nicht beitragspflichtig ist, der zuständigen Krankenkasse - vorlegen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

11 Bereitstellung zusätzlicher Unterlagen [Mussangabe]

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt/hochgeladen werden müssen, wenn ich/wir diese nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt/hochgeladen habe/haben bzw. wenn ich/wir nicht präqualifiziert bin/sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Angebot ansonsten ausgeschlossen werden muss.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

12 Angabe zur Mitgliedschaft der Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsumme vorlegen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Präqualifizierung

Ich bin/Wir sind im Präqualifikationsverzeichnis registriert. Bitte tragen Sie Ihre PQ-Nummer ein. Weitere Angaben zur Eignung sind neben der Eintragung der PQ-Nummer nicht notwendig.

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

2 Angaben zum Umsatz des Unternehmens [Mussangabe]

Bitte tragen Sie den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen ein.

Es sind 3 Werte einzutragen. (Im Falle der Präqualifizierung bitte "PQ" eintragen.)

3 Referenzen [Mussangabe]

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten bis zu 3 Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir für 3 Referenzen je eine Referenzbescheinigung mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Entsprechende Referenzen sind vorhanden und eine Referenzbescheinigung wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)

☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Eintragung in das Berufsregister [Mussangabe]

Bitte geben Sie an unter welcher Nummer (incl. HRA/HRB) und bei welchem Amtsgericht Sie im Berufsregister eingetragen sind, sofern eine Eintragung für Sie gesetzlich vorgesehen ist.

(Im Falle der Präqualifizierung bitte nur "PQ" eintragen.)

5 Angaben zu Arbeitskräften [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leistungspersonal angeben.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Nachweis wird nach Aufforderung vorgelegt. (0)

☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

6 Berufsgruppe [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Handwerk (0)

☐ Industrie (0)

☐ Handel (0)

☐ Versorgungsunternehmen (0)

☐ Sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

7 Vorlage von Unterlagen [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

- Gewerbeanmeldung

- Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)

- Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

8 Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Ja (0)
☐ ☐ Ein Insolvenzverfahren oder Liquidation besteht/ ist beantragt. (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Angabe zu Ausschlussgründen [Mussangabe]

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine schwere Verfehlung gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich/Wir erkläre(n) insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs.1 WRegG beim Bundeskartellamt durchführen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

10 Angabe zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse - soweit mein/unser Betrieb dort nicht beitragspflichtig ist, der zuständigen Krankenkasse - vorlegen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

11 Bereitstellung zusätzlicher Unterlagen [Mussangabe]

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt/hochgeladen werden müssen, wenn ich/wir diese nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt/hochgeladen habe/haben bzw. wenn ich/wir nicht präqualifiziert bin/sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Angebot ansonsten ausgeschlossen werden muss.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

12 Angabe zur Mitgliedschaft der Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir sofern diese dem Auftraggeber nicht bereits vorliegen, eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsumme vorlegen.

☐ ☐

Mehrere Antworten wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmereinsatz VOB

Gewichtung: 0,00%

1.1 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Nachunternehmerliste VOB eingerichtet [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Teilleistungen, auf die mein/unser Betrieb eingerichtet ist, werden an Nachunternehmer übertragen: (Mindestens 70% der Leistungen, auf die der Bieter eingerichtet ist, müssen im eigenen Betrieb ausgeführt werden.) Bitte geben Sie unten eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an. Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

1.3 Nachunternehmerliste VOB nicht eingerichtet [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Teilleistungen, auf die mein/unser Betrieb nicht eingerichtet ist, werden an Nachunternehmer übertragen: (Mindestens 50% der Gesamtleistung müssen im eigenen Betrieb ausgeführt werden, es sei denn, es handelt sich um eine gewerkeübergreifende Ausschreibung.) Geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an. Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

2 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit

Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung zur ausbeuterischen Kinderarbeit [Mussangabe]

Gemäß Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses vom 20.06.2006 sind bei Beschaffungen der Stadt Nürnberg künftig nur Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und erbracht wurden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Ich/wir stimmen zu, dass diese Erklärung an Dritte, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit engagieren, weitergegeben werden darf.

Werden die von Ihnen angebotenen Produkte ganz oder teilweise in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet?

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (Es sind die drei nachfolgenden Punkte auszufüllen) (0)
☐ Nein (keine weiteren Angaben erforderlich) (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Produktliste Kinderarbeit

Welche der angebotenen Produkte wurden in Asien, Afrika oder Lateinamerika ganz oder teilweise hergestellt oder bearbeitet?
Bitte geben Sie die jeweilige Pos.-Nr, Produktbezeichnung und Herstellungs- bzw. Bearbeitungsländer an.

2.3 Zertifizierung Kinderarbeit

Sofern eine unabhängige Zertifizierung (z.B. Fair Wear Foundation, Fairtrade), die bestätigt, dass das/die Produkt/e nicht unter Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder bearbeitet wurde/n vorliegt, wird ein entsprechender Nachweis hochgeladen.

[]

Mehrere Antworten wählbar

2.4 Alternative Nachweise Kinderarbeit

Es liegt kein Zertifikat/Siegel vor, alternativ ist ein Nachweis über einen Verhaltenskodex (code of conducts) oder eine Sozialklausel hochgeladen. Ist keiner dieser Nachweise erbracht, wird folgende Selbstverpflichtung abgegeben:
"Ich/wir versichern, dass das/die Produkt/e ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder verarbeitet wurde/n. Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Subunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben (z. B. Erarbeitung wirksamer

[]

Mehrere Antworten wählbar

3 Nebenangebote

Gewichtung: 0,00%

3.1 Nebenangebote [Mussangabe]

Mein/Unser Angebot enthält insgesamt die unten eingetragene Anzahl an Nebenangeboten.

(Die Gesamtanzahl muss die Anzahl der im Workflow erstellten Nebenangebote plus eventuell zusätzlich als Bieteranlage hochgeladene Nebenangebote umfassen)

4 Information zur Veröffentlichung

Wie sind Sie auf diese Ausschreibung / Teilnahmewettbewerb aufmerksam geworden.
(nur informativ)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Bayerischer Staatsanzeiger (0)
- ☐ Amtsblatt der Stadt Nürnberg (0)
- ☐ Healy Hudson Deutsche E-Vergabe (0)
- ☐ sonstiges (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------